



Nr. 422 | 15.07.2022

Russland-Analysen

Wissenschaftsfreiheit

■ ANALYSE	
Russische Wissenschaft und der Krieg in der Ukraine	2
Dmitrij Dubrowskij (Center for Independent Social Research / Central and East European Law Initiative, Prag)	
■ DOKUMENTATION	
Russland im Nature Index	6
■ KOMMENTAR	
Der Krieg in der Ukraine: Positionen und die Zukunft der russischen Universitäten	8
Irina Busygina (Higher School of Economics, St. Petersburg)	
■ ANALYSE	
Akademische Unfreiheit	10
Margarita Sawadskaja (Europäische Universität St. Petersburg & Universität Helsinki)	
■ STATISTIK	
Wissenschaftsfreiheit in Russland	
(Daten von Scholars at Risk und Varieties of Democracy (V-Dem))	14
■ ANALYSE	
Die Zerstörung der akademischen Freiheit und der Sozialwissenschaften in Russland	19
Theodore Gerber (Universität Wisconsin-Madison) und Hannah Chapman (Miami University, Ohio)	
■ UMFRAGEN	
Politikwissenschaft in Russland	23
■ DOKUMENTATION	
Der Bologna-Prozess in Russland nach Beginn des russisch-ukrainischen Krieges	25
Erklärung der Russländischen Rektorenkonferenz	34
Russlands Wissenschaftler*innen protestieren – Offene Briefe gegen den Krieg	34
Robert Kindler (Freie Universität Berlin)	
Wissenschaftskooperation mit Kolleg*innen aus Russland und Belarus	37

Russische Wissenschaft und der Krieg in der Ukraine

Dmitrij Dubrowskij (Center for Independent Social Research / Central and East European Law Initiative, Prag)

DOI: 10.31205/RA.422.01

Zusammenfassung

Bis zum Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine hatte der Kreml versucht, die Stärke russischer Universitäten und Forscher:innen in den internationalen Rankings zu demonstrieren. Jetzt führen die wegen des Krieges verhängten Sanktionen des Westens dazu, dass russische Wissenschaftler:innen isoliert werden. Als Reaktion sind jene Teile der russischen Wissenschaft, die traditionell eine Zusammenarbeit mit dem Westen ablehnten, bestrebt, national definierte Maßstäbe zu etablieren. Russland wird wohl eine neue Form der akademischen Internationalisierung anstreben und dabei seine Aufmerksamkeit weniger gen Westen richten als vielmehr auf China, Indien und den Iran.

Die Situation vor dem Krieg

Russische Offizielle betonen häufig, wie wichtig es sei, das Potenzial des russischen Hochschulwesens weiterzuentwickeln und das Land bei technischen Innovationen in eine Spitzenposition zu bringen. Präsident Putin behauptet ständig, dass »Russland wissenschaftlich und technologisch eine führende Rolle spielen sollte«.

Der Kreml hat die Wissenschaft zu einer seiner wichtigsten Prioritäten erklärt, indem sie zu einem der nationalen Projekte gemacht wurde, das auf jene strategischen Ziele ausgerichtet ist, die sich Russland für den Zeitraum von 2018 bis 2024 gesetzt hat. Die russische Regierung möchte das Land bei der Forschung und Entwicklung in den von ihr festgelegten speziellen Bereichen unter den Top Five sehen. Zu diesem Zweck wurden wissenschaftliche Megaprojekte ins Leben gerufen, um angesichts begrenzter Ressourcen die Wissenschaft aktiv weiterzuentwickeln. Bei sechs Projekten dieser Art wurde der Schwerpunkt auf Atom- und Laserphysik gelegt. Diese Projekte wurden in Zusammenarbeit mit dem Programm *Horizon 2020* der Europäischen Union entwickelt. Darüber hinaus investierte Russland von 2017 bis 2020 rund anderthalb Milliarden Euro in atomphysikalische Projekte im Ausland. Insgesamt gab es bis 2020 115 wissenschaftliche Projekte mit internationaler Beteiligung; die Europäische Union war hier mit 22 Projekten Russlands wichtigster Partner, gefolgt von Ländern der GUS mit 17 Projekten.

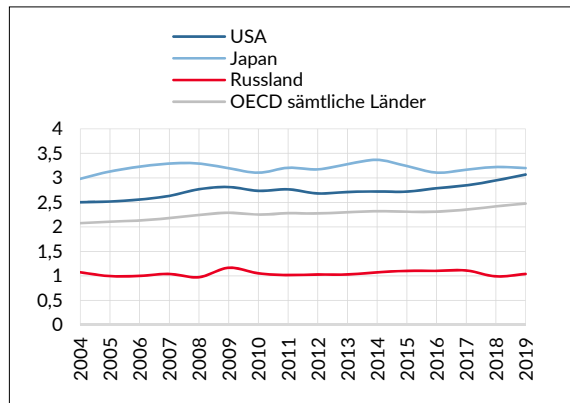
Bei der Hochschulbildung hatte die Hauptaufgabe darin bestanden, die Position der russischen Universitäten in den internationalen Rankings zu verbessern. Daher sollte das Programm *5-100-2020* fünf russische Universitäten in die Liste der 100 weltweit besten Universitäten hieven. Die an dem Programm beteiligten Universitäten erhielten eine erhebliche Förderung durch die Regierung. Das Programm verfehlte zwar sein wichtigstes Ziel, zeitigte aber gleichwohl einige bemerkens-

werte Ergebnisse: Es entstand in Russland die Kategorie der Nationalen Forschungsuniversität; es erfolgte eine beispiellose Verbesserung russischer Universitäten in den internationalen Rankings; ein beträchtlicher Anstieg bei den internationalen Veröffentlichungen; neue Labore und Zugang zu neuer Forschungsausrüstung; erweiterter Austausch von Studierenden und Wissenschaftler:innen sowie eine intensivere Beteiligung russischer Wissenschaftler:innen an internationalen Forschungsprojekten und Konferenzen.

Nachdem Russland 2014 die Krim annektierte, erfuhren die russischen Ambitionen, die die Wissenschaft und die Bildung des Landes zu einem Flaggschiff der Modernisierung machen wollten, ernstliche Einschränkungen, sowohl politisch wie strukturell. Aus Grafik 1 geht hervor, dass die Finanzierung der Wissenschaft und der Hochschulbildung in Russland erheblich hinter den weltweit führenden Nationen hinterherhinkt: Während Russland 2019 rund 1,09 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgab, gaben die USA und Japan hierfür das Dreifache aus, rund 3,1 bzw. 3,2 Prozent. Gleichzeitig betrug der Durchschnitt in der OECD über die Hälfte der Ausgaben in Russland.

Was die Anzahl der Publikationen und die Zitierate anbelangt, so liegen die Wissenschaftler:innen aus Russland auf dem 12. bzw. 13. Platz (laut der Statistik von *Clarivate*), weit hinter den Vereinigten Staaten und China. Der Umfang der internationalen Austauschprojekte ist recht bescheiden: So gab es beispielsweise 2019 in Russland nur etwas mehr als 800 ausländische Forscher:innen (zum Vergleich: In den Vereinigten Staaten waren es 13.000). Nach 2014 änderte sich die Struktur der Austauschprogramme für Studierende dramatisch. Der Austausch mit Europa und den Vereinigten Staaten wurde zwar fortgeführt, doch stellten nun Studierende aus China, Usbekistan und Kasachstan das Gros der Teilnehmer:innen.

Grafik 1: Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung, in % des BIP 2004–2019, jahresweise, USA, Russland und Japan sowie sämtliche Länder der OECD



Quelle: OECD, 2022; siehe auch Tabelle 1 unten

Gleichzeitig gibt es eine ernsthafte Opposition gegen eine internationale Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem von Seiten der für Außenpolitik und für Sicherheit zuständigen Ministerien wie auch durch einflussreiche Gruppen von Wissenschaftler:innen und Dozent:innen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht davon profitieren, dass bei Wissenschaft und Bildung eine Internationalisierungspolitik verfolgt wird, wie Iwan Kurilla 2016 in einem Beitrag für den *Russian Analytical Digest* ausführte (siehe Lesetipps).

Gleichwohl haben selbst die erheblichen isolationistischen Schritte, die 2014 mit der Annektierung der Krim einsetzten, nicht zu einer derart dramatischen Entwicklung geführt, wie jetzt nach Beginn der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine am 24. Februar 2022.

Internationale Zusammenarbeit bei Wissenschaft und Bildung

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat dramatische Folgen für die internationale Kooperation des Landes. Die Umsetzung der wissenschaftlichen Megaprojekte ist gefährdet wie auch darüber hinaus Russlands Beteiligung an internationalen Projekten in Europa und den Vereinigten Staaten. Das größte dieser Projekte, die Teilchenforschungsanlage CERN in Genf hat bereits die Zusammenarbeit mit Russland auf Eis gelegt. Das *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) hat seine Kooperation mit dem Innovationszentrum Skolkowo beendet, während dessen Leiter Arkadij Dworkowitsch, der als Vorsitzender des Internationalen Schachverbandes FIDE den Krieg verurteilt hatte, zurücktrat.

Auch alle von der Europäischen Union geförderten Projekte sind ausgesetzt worden. Viele (wenn auch längst nicht sämtliche) ausländische Lehrkräfte und Wissenschaftler:innen verabschieden sich von russischen Pro-

jekten und verlassen das Land. Europäische und einzelne nationale Universitätsverbände setzen die Zusammenarbeit aus: Die *European University Association* (EUA) hat 12 russische Universitäten ausgeschlossen, während Deutschland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, die Niederlande und viele andere EU-Staaten offiziell sämtliche Kontakte im Wissenschafts- und Bildungsbe- reich auf Eis gelegt haben. Der offene Brief von Rektoren russischer Universitäten, in dem die Hälfte der Rektoren offen ihre Unterstützung für den Krieg gegen die Ukraine ausdrückten, goss zusätzlich Öl ins Feuer. Diese Erklärung wurde zu einem wichtigen Argument für jene, die behaupten, alle Mitarbeiter:innen, Professor:innen und Forscher:innen staatlicher russischer Institutionen seien für das Vorgehen der russischen Armee und die Aggression gegen die Ukraine mitverantwortlich.

Gleichzeitig wurden alle akademischen Austauschprogramme gestoppt und viele Studierende und Absolvent:innen / Doktorand:innen aus Russland und Belarus, die sich für verschiedene Praktika und Projekte beworben hatten, abgelehnt. Viele Wissenschaftsverbände beschlossen, dass eine offizielle Kooperation mit russischen Institutionen, besonders bei Konferenzen und anderen Wissenschaftsveranstaltungen, nicht länger sinnvoll sei. Einige Forscher:innen im Ausland, vor allem aus der Ukraine, forderten nun eine allgemeine Sperre für Publikationen von russischen Autor:innen als Teil eines generellen Boykotts der russischen Wissenschaft und des russischen Hochschulwesens. Einige Verlage nahmen eine ähnliche Haltung ein. Hierzu gehörte auch *Clarivate*, das sein Büro in Russland schloss. Ein anderer großer Verlag, nämlich *Elsevier*, gab hingegen bekannt, dass er keinen Boykott russischer Wissenschaftler:innen unternehmen werde. Schließlich wurden internationale Konferenzen, deren Durchführung in Russland geplant war, abgesagt oder in andere Länder verlegt. So wird der Internationale Mathematiker-Kongress (ICM), der in St. Petersburg geplant war, vollständig virtuell stattfinden.

Gleichzeitig sind russische Wissenschaftler:innen wegen der Schwierigkeiten bei der Visabeschaffung und den Konferenzgebühren jetzt nicht mehr in der Lage, persönlich an Konferenzen teilzunehmen. Diese Einschränkungen für die Reisefreiheit bedeutet eine beträchtliche Gefahr für russische Wissenschaftskreise, da sie von der Wissenschaft in Europa und den Vereinigten Staaten isoliert werden.

In Stellungnahmen von einigen westlichen Organisationen wird versucht, offizielle russische Institutionen, die den Krieg größtenteils unterstützt haben, von individuellen Wissenschaftler:innen, Forscher:innen und Studierenden zu unterscheiden. So hat etwa der Präsident der Harvard-Universität erklärt, dass es in Zeiten einer globalen Krise umso wichtiger wird, wissenschaftliche

Kontakte aufrechtzuerhalten. Zur gleichen Zeit haben andere Länder und Institutionen die Beschlüsse ihrer Regierungen über ein Ende der Kooperation dahingehend interpretiert, dass sie entweder die institutionelle Zusammenarbeit oder aber jegliche Zusammenarbeit mit russischen Forscher:innen, Professor:innen und Studierenden unterbinden sollten. Es ist derzeit allerdings unklar, wie die allgemeine Politik gegenüber russischen und belarusischen Wissenschaftler:innen aussehen wird, die im Ausland tätig sind, wie auch gegenüber Studierenden aus diesen Ländern. So hat beispielsweise die Universität Tartu bekanntgegeben, dass 2022 keine Studierenden aus Russland und Belarus angenommen werden. Die erwähnten Umstände ergeben das Bild einer dramatischen und zunehmend beispiellosen Isolierung der russischen Wissenschaft und des Hochschulwesens, die wohl das Maß der Isolierung während des Kalten Krieges übersteigt. Die Isolierung dürfte eher mit dem vergleichbar sein, was mit der UdSSR in der Stalinzeit geschah. Russlands zunehmende Repressionen gegen Studierende, Professor:innen und Wissenschaftler:innen, die gegen den Krieg protestieren, verstärken diesen Effekt zusätzlich.

Auswirkungen der Sanktionen – Folgen und Prognosen

Im Bereich der russischen Wissenschaft und des Hochschulwesens bestand die erste Folge der wegen des Krieges verhängten Sanktionen in dem offiziellen Vorstoß, englischsprachige Publikationen nicht mehr in Betracht zu ziehen, wenn Lehrkräfte oder Wissenschaftler:innen bewertet werden, und die Maßstäbe nun aufgrund des russischsprachigen Teils des Russischen Wissenschaftlichen Zitier-Index (Russian Science Citation Index, RSCI) anzulegen. Dieser Index wird keine ausländischen Publikationen mehr berücksichtigen; er wird allein als ein Spiegel der Publikationstätigkeit russischer Autor:innen innerhalb Russlands existieren. Ein solcher Ansatz wird natürlich zu einem Rückgang bei der international registrierten Publikationstätigkeit russischer Wissenschaftler:innen und Forscher:innen führen; und es wird von jenen in der russischen Wissenschaft gutgeheißen, die seit langem dadurch verärgert sind, dass in ihrer Wahrnehmung russische Kollegen »im Westen herumjammern«.

Es liegt allerdings auf der Hand, dass das Verbot internationaler Kooperation einen allgemeinen Rückgang bei Publikationen nach sich ziehen würde. Maßnahmen, die den Export brandneuer Ausrüstung und Materialien für die naturwissenschaftliche Forschung blockieren (von denen Russland rund 80 Prozent aus dem Ausland erhält), führen dazu, dass eine solche Ausrüstung schlichtweg nicht mehr verfügbar sein wird. Diese Blockade wird die Durchführung von Experi-

menten beeinträchtigen und zu einem Rückgang der Publikationen führen.

Man kann sich unschwer vorstellen, dass der liberale Teil der Wissenschaftskreise, insbesondere jene in den Sozial- und Humanwissenschaften, auch in der Emigration weiterhin in internationalen Zeitschriften publizieren wird, soweit dies noch möglich ist. Naturwissenschaftler:innen hingegen scheinen eher geneigt zu sein, ihre Jobs wichtiger zu nehmen, da es für Chemiker:innen oder Physiker:innen sehr viel schwieriger und teurer ist, eine neue Anstellung zu finden, als für Humanwissenschaftler:innen. Angesichts dieser Umstände bleibt es eine offene Frage, ob internationale Zeitschriften bereit sein werden, Artikel russischer Kolleg:innen zu veröffentlichen, wenn die Forschung aus dem russischen Staatshaushalt finanziert wurde.

Bedenkt man die Logik der Bürokratie, lässt sich wohl vorhersagen, dass eine »Internationalisierung« weiterhin das Ziel für die Wissenschaft und das Hochschulwesens in Russland sein wird, doch würde diese Internationalisierung eine neue internationale Gemeinschaft begründen, die auf der jüngst verkündeten Wende nach Osten beruht. Ein Weg würde in einer Zusammenarbeit mit chinesischen Universitäten bestehen, wie auch in einer Intensivierung des wissenschaftlichen und des universitären Austauschs mit China, Indien und Iran, also mit Ländern, die über ein beträchtliches Potenzial verfügen, sich dabei aber nicht an den aktuellen Sanktionen gegen die russische Wissenschaft und das Hochschulwesen beteiligen und an einer vertieften Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen internationaler Projekte interessiert sind. Tatsächlich ist auch vorstellbar, dass eine solche Zusammenarbeit eine Umgehung der Sanktionen ermöglichen könnte. Russland hat etwas ähnliches für die Universitäten auf der Krim unternommen, die seit 2014 auf der Sanktionsliste stehen, wie auch für die sogenannten nationalen Universitäten der international nicht anerkannten »Volksrepubliken« Donezk (DNR) und Luhansk (LNR). Da ein direkter studentischer und wissenschaftlicher Austausch unmöglich erschien, wurden Studierende dieser ukrainischen Universitäten in von Russland besetzten Gebieten mit Student:innengruppen russischer Universitäten zusammengebracht, etwa der Staatlichen Moskauer Universität. Gleichwohl dürfte eine solche Kooperation kaum ein vollwertiger Ersatz für die Zusammenarbeit mit wissenschaftlich und technologisch fortschrittlicheren Ländern in Europa und Nordamerika werden.

Angesichts der bescheidenen politischen Unterstützung für das militärische Abenteuer in der Ukraine wie auch der höchst pessimistischen Prognosen für die russische Wirtschaft im kommenden Jahrzehnt lässt sich folgendes getrost voraussagen: Die Abhängigkeit von der Wissenschaft und dem Bildungswesen in China wird

zunehmen, da dieses Land in absehbarer Zukunft der einzige große Zuwendungsgeber bei der Entwicklung der russischen Wissenschaft sein dürfte. Es wird durchaus möglich sein, die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit China, Indien und Iran in den Bereichen Naturwissenschaft und Technologie zu intensivieren. Bedenkt man den Vorschlag, dass eine Abwanderung von IT-Fachkräften nur nach Genehmigung durch den Inlandsgeheimdienst FSB erfolgen sollte, wird diese Behörde wohl den Weggang von Spezialist:innen aus strategisch wichtigen Forschungsbereichen kontrollieren, und zwar unter dem Vorwand des Schutzes von Staatsgeheimnissen, ganz in der Tradition sowjetischer Praktiken.

Gleichzeitig nimmt die antiwestliche Rhetorik in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu, was in erster Linie Auswirkungen auf den liberalen Teil der russischen Wissenschaftler:innen hat. Unabhängige Historiker:innen sind bereits Angriffen ausgesetzt gewesen, unter anderem solche, die für Memorial tätig waren, für eine Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Verbrechen unter Stalin zu dokumentieren, und die kürzlich auf staatliche Anordnung hin geschlossen wurde. Mehrere Bildungsprogrammen für freie Künste – an der Staatlichen Universität St. Petersburg und an der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswis-

senschaften (MSSES; »Schaninka«) – wurde mit der Schließung gedroht, und deren Professor:innen strafrechtlich verfolgt. Allgemein werden Professor:innen, die gegen den Krieg protestieren, entlassen, und Studierende, die sich gegen die Invasion aussprechen, werden zwangsweise exmatrikuliert. Hier kommt der Unterstützung europäischer und amerikanischer Universitäten nicht nur für ukrainische Wissenschaftler:innen, die vor dem Krieg fliehen, sondern auch für jene russischen Wissenschaftler:innen, die den Repressionen wegen ihrer offenen Kritik am Krieg entgehen wollen, sehr große Bedeutung zu.

In einer Petition russischer Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsjournalist:innen gegen den Krieg, die in der Zeitung *Troizkij Wariant* veröffentlicht und von über 8.000 Personen unterzeichnet wurde, heißt es: »Die Abschottung Russlands von der Welt führt dazu, dass unser Land einen weiteren kulturellen und technologischen Niedergang erleben wird, ohne Aussicht auf einen Ausweg.« (https://dgo-online.org/site-dgo/assets/files/17224/erklarung_russ_wissenschaftler_krieg_gegen_ukraine_de_220225.pdf).

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dmitrij Dubrowskij, PhD, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Independent Social Research und Fellow am Central and East European Law Initiative in Prag.

Lesetipps

- Dezhina, Irina: Cutting Ties: Russian Science in Enforced Isolation, in: Gaudeamus Center for Independent Social Research (CISRuS), 23. März 2022; <https://cisrus.org/2022/03/23/isolation/>.
- Dubrovskiy, Dmitry: War and the Academic World, in: Gaudeamus/CISRuS, 7. März 2022; https://cisrus.org/2022/03/07/war_world/.
- Dubrovskiy, Dmitry; Katarzhina Kaczmarek: Authoritarian modernisation in higher education: Internationalisation, pockets of effectiveness and academic freedom in Russia, in: Transtext(e)s Transcultures 跨文本跨文化, 16.2021; <https://journals.openedition.org/transtexts/1543>.
- Guba, Katerina: The future of Russian science is as uncertain as the future of the country, in: Gaudeamus, 11. März 2022; <https://cisrus.org/2022/03/19/pause/>.
- Kurilla, Ivan: Education in Russia, in: Russian Analytical Digest, Nr. 191, S. 2–4, 3. November 2016; https://css.ethz.ch/en/publications/rad/rad-all-issues/details.html?id=n/o/1/9/no_191_globalising_or_nationalising_rus.
- Matveeva, Nataliya; Ivan Sterligov, Maria Yudkevich: The effect of Russian University Excellence Initiative on publications and collaboration patterns, in: Journal of Informetrics, 15.2021, Nr. 1.
- Hinchliffe, Lisa Janicke, Roger S. Shonfeld: Decoupling from Russia, in: The Scholarly Kitchen, 2. März 2022; <https://scholarlykitchen.sspnet.org/2022/03/02/decoupling-from-russia/>.

Tabelle 1: Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung, % des BIP, 2004–2019, pro Jahr; drei ausgewählte Länder (USA, Russland, Japan) und OECD (alle übrigen Länder)

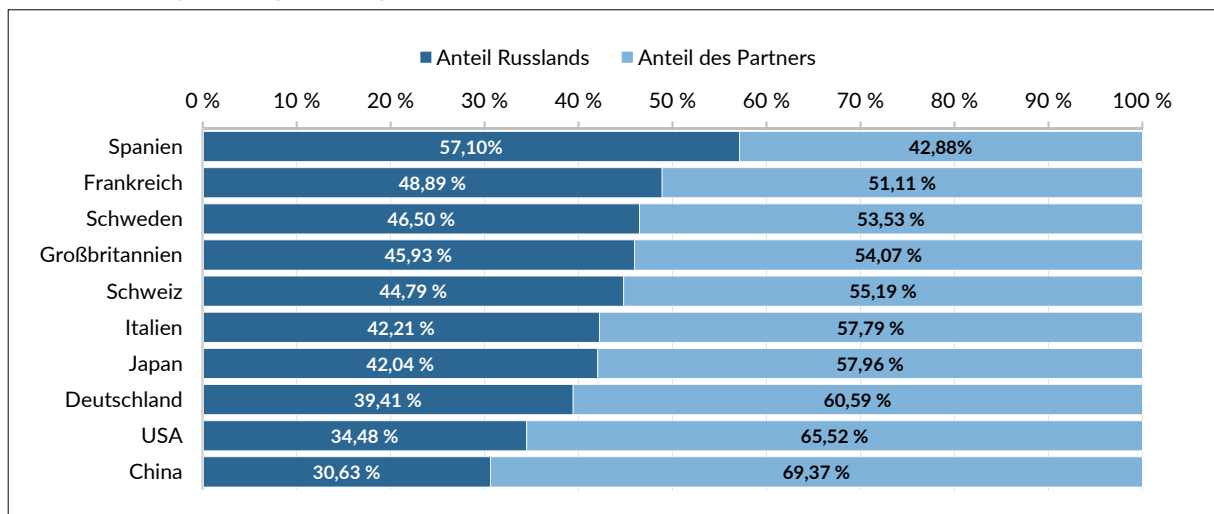
Jahr	USA	Japan	Russland	OECD alle übrigen Länder
2004	2,502	2,981	1,072	2,076
2005	2,517	3,131	0,994	2,105
2006	2,558	3,228	0,999	2,132
2007	2,632	3,293	1,039	2,176
2008	2,768	3,292	0,972	2,244
2009	2,813	3,196	1,166	2,288
2010	2,735	3,105	1,052	2,250
2011	2,765	3,205	1,015	2,280
2012	2,682	3,174	1,028	2,273
2013	2,712	3,279	1,027	2,299
2014	2,721	3,368	1,072	2,320
2015	2,719	3,241	1,101	2,310
2016	2,788	3,107	1,102	2,309
2017	2,847	3,166	1,110	2,352
2018	2,947	3,222	0,990	2,419
2019	3,067	3,199	1,039	2,476

Quelle: OECD, 2022

DOKUMENTATION

Russland im Nature Index

Grafik 1: Top-10 Kooperationspartner Russlands nach dem Kriterium »Anteil«



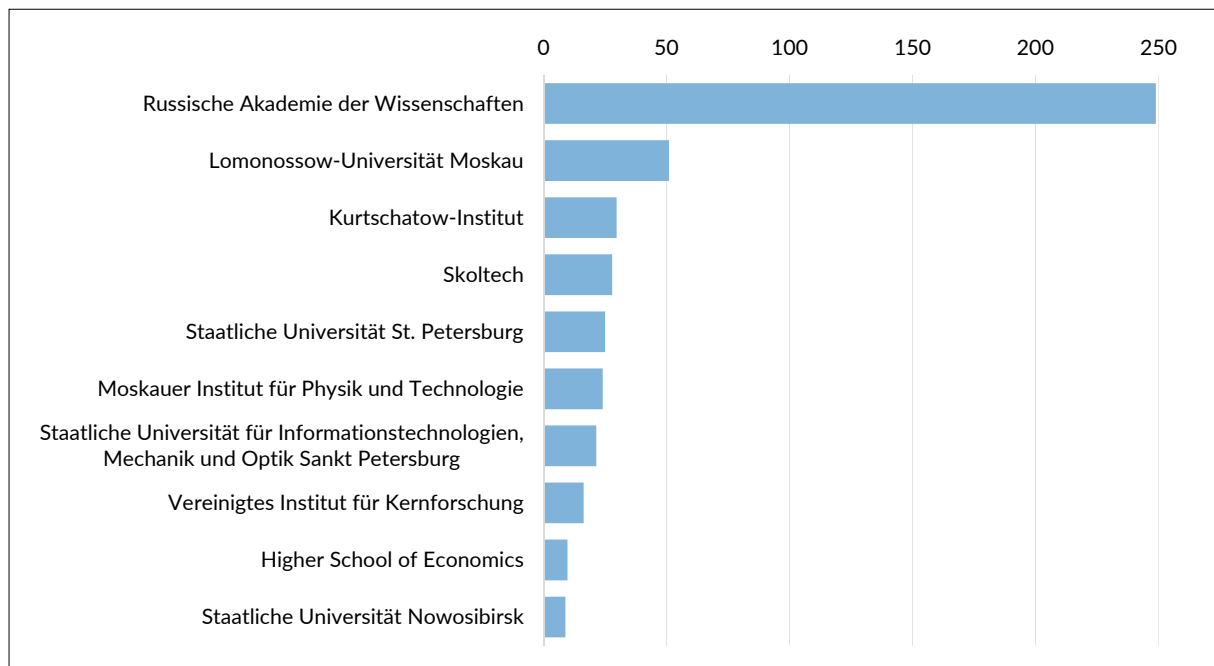
Quelle: Nature Index (2022): Russia. <https://www.natureindex.com/country-outputs/Russia>; siehe auch Tabelle 1 unten.

Tabelle 1: Top-10 Kooperationspartner Russlands nach dem Kriterium »Anteil«

Kooperationsland	Anteil	Anteil Russlands	Anteil des Partners
USA	268,14	92,45	175,69
Deutschland	266,88	105,17	161,71
China	155,86	47,74	108,12
Frankreich	122,27	59,78	62,49
Großbritannien	122,01	56,04	65,97
Italien	90,51	38,2	52,31
Schweiz	62,69	28,08	34,6
Japan	55,49	23,33	32,16
Spanien	50,33	28,74	21,58
Schweden	47,79	22,22	25,58

Anmerkung: Unter »Anteil« wird zusammengefasst, wie häufig russische Autor:innen in wissenschaftlichen Artikeln als Autor:in genannt werden. Dabei ist egal, wie viele Wissenschaftler:innen daran beteiligt waren und woher diese sind. »Anteil« ist eine Bruchzahl, die den Anteil der Autor:innen aus dem Land und die Anzahl der beteiligten Institutionen pro Artikel berücksichtigt. Bei der Berechnung des Anteils wird davon ausgegangen, dass alle Autor:innen gleichermaßen zu dem Artikel beigetragen haben. Der maximale kombinierte Anteil für einen Artikel beträgt 1,0.

Quelle: Nature Index (2022): Russia. <https://www.natureindex.com/country-outputs/Russia>.

Grafik 2: Top-10 der Institutionen aus Russland nach dem Kriterium »Anteil«

Quelle: Nature Index (2022): Russia. <https://www.natureindex.com/country-outputs/Russia>; siehe auch Tabelle 2 unten.

Tabelle 2: Top-10 der Institutionen aus Russland nach dem Kriterium »Anteil«

Institution	Anzahl der Artikel	»Anteil«
Russische Akademie der Wissenschaften	932	248,96
Lomonossow-Universität Moskau	338	50,98
Kurtschatow-Institut	283	29,7
Skoltech	100	27,9
Staatliche Universität St. Petersburg	119	25,04
Moskauer Institut für Physik und Technologie	245	24,04
Staatliche Universität für Informationstechnologien, Mechanik und Optik Sankt Petersburg	74	21,45
Vereinigtes Institut für Kernforschung	209	16,32
Higher School of Economics	110	9,74
Staatliche Universität Nowosibirsk	188	8,9

Quelle: Nature Index (2022): Russia. <https://www.natureindex.com/country-outputs/Russia>

KOMMENTAR

Der Krieg in der Ukraine: Positionen und die Zukunft der russischen Universitäten

Irina Busygina (Higher School of Economics, St. Petersburg)

Warum sind Universitäten wichtig?

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wie Universitäten Gesellschaften verändern und zur beschleunigten Entwicklung von Nationen beitragen können. Universitäten sind Zentren des »kreativen Kapitals«. Sie sind Brutstätten der Innovation und des Unternehmertums und vermitteln den Studierenden die Fähigkeiten, die sie benötigen, um sich in der zunehmend globalisierten Arbeitswelt zu behaupten. Universitäten haben enormes Potenzial, weltweit Talente für Städte und Nationen anzuziehen. Die Internationalisierung der Universitäten trägt dazu bei, dauerhafte Verbindungen zu globalen Netzwerken zu schaffen. Akademische Mobilität und Forschungsk Kooperationen erweitern die intellektuelle und kulturelle Verflechtung und helfen so dabei, die internationalen Beziehungen eines Landes durch eine intelligente Außenpolitik weiterzuentwickeln.

Zwei Überlegungen sollten jedoch angestellt werden, um diese Darstellung zu präzisieren. Erstens beschreibt das oben Gesagte die Rolle von *guten* Universitäten (derjenigen, die nicht nur nach nationalen, sondern insbesondere nach internationalen Maßstäben *gut* sind). Zweitens können die meisten positiven Veränderungen, die von Universitäten ausgehen, nur dann eintreten, wenn

die Universitäten wirklich Teil des globalen Bildungs- und Forschungsraums sind. Nimmt man einer Universität diese »internationale Dimension«, so wird sie keinen positiven Beitrag leisten können.

Russische Universitäten: Die Lage vor dem Krieg

Vor dem Krieg in der Ukraine war die Lage der Universitäten in Russland nicht nur weit von dem oben beschriebenen Ideal entfernt, sondern sie war geradezu paradox. In der Tat gab es zwei Parallelwelten. Die eine war die Welt der offiziellen Politik und Propaganda »an der Staatsspitze«, in der Russland von Präsident Putin personifiziert wurde und alle seine Handlungen über jeden Zweifel erhaben waren. Gleichzeitig war es möglich, an den Universitäten ohne Zensur zu arbeiten, Kurse auf der Grundlage englischsprachiger Literatur zu besuchen und echte akademische Forschung zu betreiben. Außerdem waren Veröffentlichungen in von Fachkolleg:innen begutachteten englischsprachigen Zeitschriften das Hauptkriterium für die Effizienz einer Universitätsprofessorin. Ich habe sogar eine Prämie dafür bekommen, dass ich das Putin-Regime kritisiert habe. Diese Diskrepanz zwischen der offiziellen

Rhetorik und der (relativen) akademischen Freiheit war in der vergleichenden Politikwissenschaft und den internationalen Beziehungen besonders groß.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Kluft an den Universitäten in Moskau und St. Petersburg sehr groß war, während sie an den regionalen Universitäten, an denen nur wenige Lehrkräfte zur internationalen Forschung beitrugen, weit weniger sichtbar wurde.

Gleichzeitig war intuitiv klar, dass diese Lage wacklig war und kaum lange aufrechterhalten werden konnte. Das Gleichgewicht verschob sich langsam, aber stetig zugunsten des »Offiziellen«, der Staat »infiltrierte« zusehends die Universitäten.

Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine vom 24.02.2022

Der Krieg war ein Schock für die Universitäten, deshalb war es umso überraschender, dass die Reaktion der Universitätsverwaltungen sehr schnell erfolgte. Bereits am 4. März verabschiedete die russische Rektorenvereinigung einen Appell, in dem es hieß, dass a) es jetzt das Wichtigste sei, das Land und die Armee sowie den Präsidenten zu unterstützen; b) die Universitäten schon immer eine tragende Säule des russischen Staates gewesen seien; und c) die Hauptaufgabe der Lehrkräfte darin bestehe, den Bildungsprozess aufrechtzuerhalten und den Patriotismus der jungen Russ:innen zu fördern. Dieser Appell sendete eine Reihe von sehr klaren Signalen.

Nach (und vor) dem Appell der Rektor:innen unterzeichneten Hochschullehrkräfte Erklärungen, die sowohl die Unterstützung als auch die Gegnerschaft in Bezug auf den Krieg offen zum Ausdruck brachten. Aber es war der Appell der Rektor:innen, der maßgeblich war. Diese Signale bildeten die Grundlage für weitere administrative Maßnahmen, die sowohl den Platz der russischen Universitäten in der Welt als auch die Stellung der Lehrkräfte innerhalb der Universitäten grundlegend verändern werden.

Am 21. März stimmte die föderale Regierung dem Vorschlag des Ministeriums für Hochschulbildung und Wissenschaft zu, die Indexierung von Veröffentlichungen russischer Wissenschaftler:innen in internationalen Datenbanken und die Teilnahme an ausländischen wissenschaftlichen Konferenzen auszusetzen. Die Zitierfähigkeit in ausländischen wissenschaftlichen Publikationen war bis vor kurzem eines der wichtigsten Kriterien für das Ministerium für Hochschulbildung und Wissenschaft, um die Effektivität einer wissenschaftlichen Einrichtung (und einzelner Forscher:innen) zu messen. Das Ministerium ist derzeit mit der Schaffung eines nationalen Systems zur Bewertung der Ergebnisse der akademischen Forschung befasst.

Die »gefährlichen« Lehrveranstaltungen (die das russische politische Regime oder die russische Außenpolitik

erklären) werden entweder gestrichen oder an »harmlose«, loyale Dozierende vergeben. Außerdem werden Listen von Studierenden erstellt, die an Anti-Kriegs-Protesten teilgenommen haben, und die Verwaltung führt Gespräche mit diesen Studierenden, wobei eine Student:in am Ende des Gesprächs versprechen muss, dies in Zukunft »ein für alle Mal« zu unterlassen.

Die russische Universität ist eine komplexe Bürokratie, in der Programm- und Lehrplanänderungen langsam umgesetzt werden. Bisher sind nur »punktueller« Änderungen zu beobachten. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung bis zum Ende des akademischen Jahres wartet, um im Sommer große Reformen durchzuführen.

In der derzeitigen Situation haben die Hochschullehrkräfte keine Optionen, die nicht mit erheblichen Verlusten und Risiken verbunden sind. Der radikalste Ausweg besteht darin, die Universität und Russland zu verlassen, aber nur wenige machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Verständlicherweise ist dies eine äußerst schwierige Entscheidung. Andere verbleiben schockiert und verängstigt an der Universität, einige von ihnen erkennen die Realität einfach nicht an oder akzeptieren sie nicht, versuchen sich von ihr zu distanzieren und bezeichnen den Krieg als eine Art »Naturkatastrophe«. Einige beschließen, sich anzupassen (wobei ich mir nicht sicher bin, ob sie das Ausmaß dieser »Anpassung« verstehen) und »wie gewohnt« zu arbeiten.

Schlussfolgerung

Die Erklärung der Russischen Rektorenvereinigung zeigt deutlich, dass es keine »Vereinigung« als kollektiven Akteur gibt, der die Autonomie und die Interessen der Universitäten schützt, die sich von den aktuellen Interessen der Regierung unterscheiden. Die Rektor:innen haben nicht den geringsten Versuch unternommen, sich auf eine Position zu einigen, die sich von der Vorgabe der Präsidialverwaltung unterscheidet. Ihre oberste Priorität (nicht die der Vereinigung, sondern die ihrer Mitglieder) war ihr eigenes berufliches Überleben.

Diese Erklärung war das eindeutige Signal für die Abschottung des russischen Bildungs- und Hochschulsektors von der globalisierten Welt. Es liegt auf der Hand, dass die Universitäten, die am stärksten in die internationale Zusammenarbeit eingebunden waren, am meisten unter dieser Abschottung leiden werden. Dies betrifft hauptsächlich die Higher School of Economics (HSE).

Da das Hochschulsystem in die politische Struktur von Russland eingebettet ist, wird es schnell zu einem neuen Gleichgewicht kommen: Es wird keine Parallelwelten mehr geben. Es wird keine Ausnahmen wie die HSE mehr geben.

Was hier geschieht, ist schrecklich, aber leider nicht überraschend. Der Krieg hat einfach eine Entwicklung beschleunigt, die ohnehin unvermeidlich war.

Anmerkung der Redaktion der Russland-Analysen:

Anfang Mai 2022 wandte sich Irina Busygina mit einem Brief an den Wissenschaftsrat der Higher School of Economics, in dem sie die Hochschulleitung der HSE aufforderte, eine Erklärung auf der Webseite der russischen Rektorenvereinigung zu veröffentlichen, dass die Unterschrift des Rektors der HSE Nikita Anissimow, der am 3. Juli 2021 den Gründungsrektor Jaroslaw Kusminow abgelöst hatte, seine persönliche Meinung in Bezug auf die Unterstützung der »Spezialoperation« in der Ukraine sei, und nicht die der Universität als Ganzes. Irina Busygina bekam vom Wissenschaftsrat der HSE keine Antwort, sie veröffentlichte deswegen ihren Brief am 16. Mai auf ihrer Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/ira.busygina/posts/10224621013306619>.

Quelle: Busygina, Irina: *The war in Ukraine: Positions and the future of Russian universities*. Policy Brief presented at BEAR-PONARS Eurasia Conference: "Between the EU and Russia: Domains of Diversity and Contestation", 29.–30. April 2022, Washington DC, abrufbar unter http://www.bearnetwork.ca/wp-content/uploads/2022/05/P2_Busygina.pdf.

Über die Autorin

Irina Busygina ist Professorin an der Fakultät für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Higher School of Economics in St. Petersburg und Direktorin des Center for Comparative Governance Studies. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die Politik in Russland, die russische Außenpolitik, der postsowjetische Raum und die Beziehungen zwischen Russland und der EU.

ANALYSE

Akademische Unfreiheit

Margarita Sawadskaja (Europäische Universität St. Petersburg & Universität Helsinki)

DOI: 10.31205/RA.422.02

Anmerkung der Redaktion der Russland-Analysen:

Der Text von Margarita Sawadskaja spiegelt den Stand von Mitte 2019 wider und ist eine Reaktion auf die politisch motivierte Entlassungen von Sozialwissenschaftler:innen an führenden Moskauer Universitäten. Die Analyse ist aber keineswegs veraltet: Sie soll einerseits daran erinnern, dass im Ausland Repressionen in der russischen Wissenschaft viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Gleichzeitig analysiert der Text präzise, welchen Zwängen Forscher:innen insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften in autoritären Regimen ausgesetzt sind. Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 sind nicht alle Wissenschaftler:innen aus Russland geflohen, die den Krieg kritisieren und kein Interesse an einer weiteren Abschottung Russlands haben. Um deren Lage besser einordnen zu können, drucken wir diese Analyse ab.

Im Juni 2019 kam es in der russischen Wissenschaft zu einer Reihe von Skandalen: Die Politikwissenschaftler:innen Alexandr Kynew und Elena Sirotkina von der Moskauer Higher School of Economics und Walerij Solowej von der Diplomatenhochschule MGIMO wurden entlassen. Und die Entscheidung der Staatlichen Universität St. Petersburg, die Zahl der Lehrkräfte an ihrem Institut für Geschichte zu reduzieren, löste eine Welle von Studierendenprotesten aus.

Natürlich sind Entlassungen, die auf die eine oder andere Weise mit der Politik zusammenhängen, kein neues Phänomen in Russland. Politischen Druck auf Universitäten gibt es schon seit geraumer Zeit, von

Angriffen auf einzelne Professor:innen in regionalen Hochschuleinrichtungen bis hin zum Entzug von Akkreditierungen und Lizenzen ganzer akademischer Institutionen, allen voran der »Schaninka« und der Europäischen Universität St. Petersburg, deren Akkreditierung kürzlich wieder in Kraft gesetzt wurde. Es ist jedoch das erste Mal, dass ein öffentlicher Diskurs über die Lage der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung in autoritären Regimen geführt wird. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass diese Skandale speziell politikwissenschaftliche Einrichtungen betrafen und dass es sich bei den Betroffenen um Personen und Universitäten mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln handelte.

Der vorliegende Text soll keine Fortsetzung der Untersuchung dieser jüngsten Ereignisse sein, sondern ist vielmehr ein Versuch zu analysieren, ob politikwissenschaftliche Forschung, die in unfreien politischen Systemen produziert wird, auf dem internationalen akademischen Markt bestehen kann. Ich stelle fest, dass die Politikwissenschaft in Autokratien bestehen kann, allerdings um den Preis einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit. Stellen Sie sich ein Rennen vor, bei dem einer der Teilnehmer:innen in einem Sack oder einem Raumanzug laufen muss. Das sorgt, gelinde gesagt, für bedeutende Unannehmlichkeiten.

Akademische Freiheit in Russland

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein Aspekt der bürgerlichen und politischen Freiheiten, der, wie jeder Studierende der Politikwissenschaft weiß, in autoritären Regimen nicht gewährleistet ist.

Doch selbst unter stabilen und wirtschaftlich relativ entwickelten Autokratien variiert das Ausmaß der Unterdrückung im akademischen Bereich. In einigen Fällen sind die Repressionen vorwiegend struktureller Natur und äußern sich in Form von Verboten ausländischer Finanzierung und anderen Vorschriften für den akademischen Bereich und die Bildung (Standardisierung von Lehrbüchern und Unterricht usw.). In anderen Fällen ist die Wissenschaftsfreiheit zwar formal immer noch gewährleistet, aber Akademiker:innen werden gezielt verfolgt. Während in Russland die Finanzierung von Forschung aus dem Ausland faktisch verboten ist, werden in Kasachstan die Aktivitäten internationaler Stiftungen im Allgemeinen nicht eingeschränkt.

Das internationale Projekt Scholars at Risk (SAR) verzeichnet gezielte Angriffe auf die akademische Freiheit, von Entlassungen und Drohungen bis hin zu Inhaftierungen und Morden. Selbst wenn man mögliche Ungleichgewichte in den Daten über die Gesamtzahl der Wissenschaftler:innen pro Kopf und andere Datenfehler berücksichtigt, sieht Russland hier nicht wie ein »Gewinner« aus. Unter den untersuchten Regimen ist die Türkei offenbar eines der repressivsten im akademischen Bereich während Singapur, obwohl es keine elektorale Demokratie ist, praktisch keine Akademiker:innen verfolgt (abgesehen von einem Fall, in dem ein Vertrag an einer Journalismus-Fakultät nicht verlängert wurde). Ein weiteres Land, das noch schlechter abschneidet als Russland, ist China. Hier sollte allerdings der geschlossene Charakter des chinesischen Regimes bedacht werden und dass daher die Daten über China im Vergleich zur Türkei, wo die Daten wahrscheinlich korrekt sind, stark verzerrt sind. Leider bietet SAR keine Daten über Kasachstan, das wahrscheinlich der beste Vergleich für Russland wäre. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Autokratien auf vielfältige Weise unterdrücken, und

Russland ist seltsamerweise dem Fall Singapur näher als China.

Lohnt sich eine Karriere in der Politikwissenschaft, wenn man in Russland lebt?

Um es kurz zu machen: Nein. Denken Sie an die Metapher vom Laufen im Sack. Aber was sollten Sie tun, wenn Sie bereits in diesem Bereich tätig sind? Macht es überhaupt Sinn, politikwissenschaftliche Forschung zu betreiben, z. B. zu Regimewechsels, Wahlen oder Protestbewegungen, wenn solche Themen in den Massenmedien zensiert werden, vor allem, wenn die Finanzierung ausschließlich durch die Regierung erfolgt? Auf den ersten Blick scheint dies ein riskantes Unterfangen zu sein, oder zumindest sollte man es Leuten überlassen, die nicht vorhaben, in ihrer Universität in eine Verwaltungsposition aufzusteigen.

In den Diskussionen in den sozialen Medien wurden in letzter Zeit einige Positionen zu diesem Thema deutlich, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Eine »vernünftige« Politikwissenschaft kann es in nicht-demokratischen Ländern nicht geben, da sie bürgerliche und politische Freiheiten voraussetzt. Wenn es sie doch gibt, dann dient sie lediglich als ein Vehikel für die Ausbildung von Propagandist:innen;
- Politikwissenschaft kann es geben, aber nur in einer Form, die sich auf »sichere«, von der Regierung finanzierte Forschung, beschränkt, während alles andere auf eigene Gefahr geschieht;
- Politikwissenschaft kann es geben, aber man muss einfach, wie Konstantin Sonin es ausdrückt, »den Asphalt durchbrechen«.

Die erste Behauptung scheint die theoretisch schlüssigste zu sein, obwohl die beiden anderen in der Praxis durch empirische Belege gestützt werden. Die Beispiele der Europäischen Universität St. Petersburg und der Moskauer HSE zeigen deutlich, dass es möglich ist, in renommierten ausländischen Fachzeitschriften zu veröffentlichen, ohne dass jedes einzelne Wort redigiert werden muss. Trotz der autoritären Konsolidierung im Land haben die Politikwissenschaftler:innen wichtige Durchbrüche erzielt, ihre methodischen Kenntnisse erheblich gestärkt und die rein deskriptiven Studien hinter sich gelassen. Darüber hinaus haben die besten politikwissenschaftlichen Fakultäten in Russland talentierte Studierende an führende Universitäten in der ganzen Welt entsandt.

Versuchen wir, die Mechanismen der akademischen Zensur mit den Mitteln der Politikwissenschaft selbst zu verstehen, indem wir die Risiken und Ressourcen einer politikwissenschaftlichen Karriere berücksichtigen. Politikwissenschaftler:innen brauchen Ressourcen in Form von Forschungsgeldern und Verbindun-

gen zur akademischen Community. Gleichzeitig sind große finanzielle Projekte und kontroverse Forschungsthemen mit Risiken verbunden.

Risiken

Es könnte hilfreich sein, zunächst auf ein Phänomen hinzuweisen, das von Politikwissenschaftler:innen entdeckt wurde und das uns erklärt, warum und wann Mitglieder von Bezirkswahlkommissionen mehr oder weniger eifrig zur Fälschung von Wahlergebnissen beitragen. Die Studie von Ashlea Rundlett und Milan Svolik zu den russischen Wahlen 2011–2012 zeigt, dass Wahlhelfer:innen (Wahlkommissionen) die Stimmen zugunsten der Amtsinhaber:innen fälschen, selbst wenn diese eigentlich keine Wahlmanipulation benötigen würde. Wenn hingegen ein echter Wettbewerb um die Stimmen zu erwarten ist, werden diese Akteure es tunlichst vermeiden, Straftaten zu begehen oder absichtlich den Ablauf oder die Ergebnisse der Wahlen zu manipulieren, um unnötige Risiken zu vermeiden. Mit anderen Worten: Wenn die Amtsinhaber:innen die Unterstützung am nötigsten hätten, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie diese nicht erhalten werden, weil die Wahlhelfer:innen risikoscheu sind. Wenn es für die Amtsinhaber:innen jedoch gut läuft, können sie »Wahlgeschenke« in Höhe von bis zu 140 Prozent der Stimmen erhalten (<https://www.cambridge.org/core/journals/american-political-science-review/article/deliver-the-vote-micromotives-and-macrobehavior-in-electoral-fraud/348D3A1DB751D4D4C91ABCDE2056F15E>).

Wie hängt dieses Phänomen mit der Frage der akademischen Freiheit und der Verfolgung von Politikwissenschaftler:innen zusammen? Im Grunde genommen sind die staatlichen Universitäten, genauer gesagt ihre Verwaltungen, vergleichbare Akteure, die versuchen, Risiken zu vermeiden. Dies hängt in erster Linie mit dem Finanzierungsmodell der Einrichtung zusammen, das Mittel aus Quellen jenseits des Staates nahezu ausschließt. Die Spitzenuniversitäten haben in der Regel den Auftrag, bei der Modernisierung von Wissenschaft und Bildung die Führung zu übernehmen. So werden Flaggschiff-Institutionen wie die Moskauer HSE einerseits zu Inseln der staatlichen Deregulierung und andererseits zu Akteuren, die mit ihrem Auftraggeber, dem Staat, Verträge eingehen, die sie in eine schwache und nachgeordnete Position bringen. Denn die Finanzierung sogenannter »Nischen der Effizienz« (*pockets of efficiency*) oder behütete Orte des Wachstums in autoritären Regimen ist im Grunde nichts anderes als Treibsand, der aus persönlichen Garantien besteht. Daher hat der betreffende Akteur nicht viele Möglichkeiten, sich zu schützen, wenn der Staat als Auftraggeber und Vorgesetzter unzufrieden wird, weshalb der Akteur ein starkes Interesse daran hat, die Folgen seines Handelns

möglichst genau zu kalkulieren und die Berichterstattung so weit wie möglich zu formalisieren. Theoretisch besteht ein solcher Anreiz in jeder vertraglichen Beziehung, aber in hierarchischen Verhältnissen, in denen die Rechtsstaatlichkeit und die Wirksamkeit von Institutionen problematisch sind, besteht ein noch größerer Anreiz, sich selbst zu schützen. Daher rührt wahrscheinlich auch die Vorliebe vieler modernisierender Autokratien wie China, Singapur oder Russland für jegliche Art von Ratings und andere quantifizierbare Benchmarks.

Dass Wissenschaftler:innen »unbequeme« Themen erforschen, ist an sich nicht problematisch. Autoritäre Regime lassen es durchaus zu, dass Forschung über sie betrieben wird und haben keine besondere Angst vor der Wissenschaft, geschweige denn vor einzelnen Akademiker:innen und Forschenden. Es ist kein Geheimnis, dass die breite Öffentlichkeit akademische Fachartikel nur selten liest, vor allem wenn sie auf Englisch veröffentlicht werden. Außerdem ist es im akademischen Bereich nicht einfach, zitiert zu werden. Ein:e Forscher:in wird erst dann zum Problem, wenn die Universitätsbürokratie sie oder ihn als unnötiges Risiko ansieht.

Wie organisieren wissenschaftliche Akteure ihre Arbeit, und welche Mechanismen der Rückversicherung vor Risiken gibt es? Der erste Mechanismus besteht in den bürokratischen Vorkehrungen, die von der Verwaltung oder internen »Vollstrecker:innen« getroffen werden. Natürlich »nur um auf Nummer sicher zu gehen«. Die bürokratische Risikoversicherung (die z. B. die Übereinstimmung von akademischen Programmen mit nationalen Standards, von Mitarbeiter:innen mit beruflichen Qualifikationen und von Veröffentlichungen mit zahlreichen Bewertungen und Statistiken usw. umfasst) fördert eine ständige Überschätzung potenzieller Risiken seitens der Bürokrat:innen. Die allmähliche Zunahme der Zahl solcher Vollstrecker:innen führt dazu, dass ein nahezu autonomes Gravitationszentrum innerhalb der Organisation entsteht. Dieses beginnt damit, die eigenen Bedingungen zu diktieren und auf alles Einfluss zu nehmen, von organisatorischen und personellen Entscheidungen bis hin zu den Inhalten von Lehrveranstaltungen. Streng genommen handelt es sich dabei nicht um einen politischen Mechanismus, aber es führt häufig zur Selbstzensur. So kann es beispielsweise vorkommen, dass ein Dissertationsthema abgelehnt oder der Name eines Förderantrags geändert wird, »nur um auf Nummer sicher zu gehen«. Ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, umständliche Unterlagen zur Dokumentation und andere Nachweise zusammenzustellen, die in der Regel für niemanden von Nutzen sind. Dieses verbürokratisierte System macht es erforderlich, für die eigene Karriere spezifische Fähigkeiten zur Risikominderung zu erwerben, die in keiner anderen Situation von Nutzen sind.

Der zweite Mechanismus ist der unlautere Wettbewerb, der sich aus dem in akademischen Kreisen verbreiteten Verteilungskampf um prestigeträchtige Verwaltungspositionen ergibt. In einem politisierten und risikoreichen Umfeld kann dies perverse Formen annehmen. Wenn ein Akteur externe Signale über eine Bedrohung erhält, hat er in der Regel die Wahl, wie aktiv er darauf reagiert. Ob diese Reaktion zu repressiven Maßnahmen führt oder nicht, wird oft weniger durch externen Druck als vielmehr durch interne Interessen und karrierebezogene Konkurrenzkämpfe bestimmt. Beide Mechanismen sind Strategien, wie der Wissenschaftsbetrieb sich gegen Risiken abzusichern versucht, aber sie funktionieren auf unterschiedliche Weise. Ein Mechanismus kann den anderen aber noch verstärken, z. B. im Falle der Entlassung von Mitarbeiter:innen unter einem formalen Vorwand, die sich dem System nicht freiwillig beugen wollen.

Forschungsthemen und Finanzierung

Die Wahl der Forschungsschwerpunkte von Wissenschaftler:innen wird durch den Zugang zu Geldern beeinflusst. Dies ist eine direkte Folge des Regimetyps. Die Möglichkeit, seine Finanzierung selbst zu wählen, kann nur in einem Umfeld bestehen, in dem die akademische Freiheit gewährleistet ist. In einem autoritären System ist die Forschungsfinanzierung eine politische Angelegenheit, so dass die externe Finanzierung in der Regel begrenzt ist (mit Ausnahme von Kasachstan). Forscher:innen in einem solchen Staat haben nicht die gleichen Möglichkeiten, auf Veränderungen bei populären Trends in der Forschung auf dem internationalen Wissenschaftsmarkt zu reagieren. Sie sind dann gezwungen, nur mit Themen zu »handeln«, die vom Staat toleriert werden. In diese Kategorie fallen in Russland häufig Forschungen zur Jugend, internationaler Sicherheit, der Harmonisierung der interethnischen Beziehungen usw. Natürlich gibt es in diesen Bereichen substanzielle Forschung, aber meistens werden Forschende Opfer dessen, was Wladimir Gelman einmal »Wissenschaft ohne Forschung« nannte.

Autokratien, die sich in einem Prozess der Modernisierung befinden, sind manchmal tatsächlich sehr an bestimmten Formen der Wissensproduktion interessiert. Hierzu gehören etwa Forschungsmethoden (Programmiersprachen und Statistikmethoden), die Erforschung der staatlichen und kommunalen Verwaltung, die Digitalisierung der Staatsverwaltung usw. Es handelt sich dabei um Vorzeige-Forschungsthemen für Regime, die den Weg der autoritären Modernisierung eingeschlagen und beschlossen haben, »Nischen der Effizienz« zu schaffen, ohne die Grundstruktur des Systems demontieren oder reparieren zu müssen. Der Staat kann großzügig Themen finanzieren, die er zur Steigerung der Effizienz

für nützlich hält, ganz im Sinne des von James Scott diskutierten »High Modernism« (<https://www.degruyter.com/document/doi/10.12987/9780300128789-005/html?lang=en>). Eine systematische Erforschung dieses Phänomens ist jedoch leider noch nicht erfolgt.

Was sind nun die »Überlebensstrategien« für Politikwissenschaftler:innen in einem solchen System? Betrachtet man die Risikowahrscheinlichkeit und die Finanzierungschancen, dann erinnert das Bild ein wenig an die Fernsehsendung im russischen Staatssender Perwyi Kanal »Schlaue Jungs und Mädels« (*Umniki i umnizy*), eine Quizshow, bei der sich die Teenager entweder auf eine rote, gelbe oder grüne Schiene stellen, je nachdem, wie schwierig sie die Quizfragen haben wollen.

- Auf der grünen Schiene sind Wissenschaftler:innen immer auf der Suche nach Themen, die gerade hoch auf der Prioritätenliste stehen, müssen aber mit der »Wissenschaft ohne Forschung« konkurrieren. Der Umfang der Finanzierung ist gering, die Risiken sind es aber auch.
- Auf der gelben Schiene spielt man das Spiel der autoritären Modernisierung: Hier wählen Wissenschaftler:innen Themen, die dem Staat als nützlich erscheinen. Die Finanzierung ist wesentlich höher und in der Regel an persönliche Verpflichtungen oder Vereinbarungen zwischen den Parteien gebunden. Es steht mehr auf dem Spiel, die Risiken sind höher, aber dies ist die optimale Option im Hinblick auf das akademische Prestige und die Forschungsmöglichkeiten.
- Der rote Weg bedeutet, dass Wissenschaftler:innen mit ein wenig Einfallsreichtum Themen und sogar Finanzierungsquellen frei wählen können. Diese Freiheit in der Forschung ist jedoch auch mit großen Risiken verbunden. Streng genommen können Wissenschaftler:innen in Ruhe arbeiten, solange sie in den Augen der Bürokratie, die diese Risiken minimieren soll, nicht zu einem Problem werden.

Schlussfolgerung

Die Politikwissenschaft kann in autoritären Regimen existieren, die Kosten sind allerdings für die Forschenden wesentlich höher. Politikwissenschaftler:innen müssen in spezifische Fähigkeiten investieren, um normale Forschung zu »verkaufen«. Dazu gehört das Verfassen von Anträgen in der Sprache des »Staates«, das Ausfüllen von Tonnen von sinnlosem Papierkram und so weiter.

Ein weiteres Paradoxon der Modernisierungsprojekte im Bildungsbereich ist die Tatsache, dass die russischen Hochschulen Hunderte von talentierten Absolvent:innen ausgebildet und zum Studium ins Ausland geschickt haben. Wenn Russland dem Beispiel des »Bolaschak«-Programms (<https://bolashak.gov.kz/en>) in Kasachstan folgen würde, wären diese Studieren-

den verpflichtet, zurückzukehren und »ihre Schulden zurückzuzahlen«. Die jüngsten Skandale an der HSE haben den Absolvent:innen jedoch deutlich signalisiert, dass es sich nicht lohnt, zurückzukehren, und dass in

einem autoritären System bürokratische Fähigkeiten immer den akademischen vorgezogen werden.

Stand: 11.07.2019

Über die Autorin

Margarita Sawadskaja ist promovierte Research Fellow im Fachbereich Politikwissenschaft der Europäischen Universität St. Petersburg und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Aleksanteri-Institut der Universität Helsinki.

Originalquelle: <https://ridl.io/academic-unfreedom/>.

STATISTIK

Wissenschaftsfreiheit in Russland (Daten von Scholars at Risk und Varieties of Democracy (V-Dem))

Tabelle 1: Scholars at Risk – Repressionen gegen Akademiker:innen in ausgewählten Ländern zwischen 2012 und 2022

Art der Repression	Jahr	Länder					
		Russland	Ukraine	Belarus	Türkei	China und Hongkong	Singapur
Morde, Gewalt und Verschwinden	2012	1	0	0	0	1	0
	2013	0	0	0	2	0	0
	2014	0	0	0	1	0	0
	2015	0	0	0	0	0	0
	2016	0	0	0	1	0	0
	2017	0	2	0	5	1	0
	2018	0	1	0	3	3	0
	2019	0	1	0	1	4	0
	2020	1	0	3	1	0	0
	2021	0	0	0	7	1	0
	2022	0	0	0	2	0	0
Inhaftierung	2012	0	0	0	0	3	0
	2013	0	0	0	1	2	0
	2014	2	0	0	0	4	0
	2015	1	0	0	0	0	0
	2016	0	1	0	36	1	0
	2017	0	0	0	39	4	0
	2018	0	1	0	31	18	0
	2019	1	0	0	7	14	0
	2020	1	0	9	2	7	0
	2021	1	0	5	24	5	0
	2022	0	0	0	1	0	0

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Scholars at Risk – Repressionen gegen Akademiker:innen in ausgewählten Ländern zwischen 2012 und 2022 (Fortsetzung)

Art der Repression	Jahr	Länder					
		Russland	Ukraine	Belarus	Türkei	China und Hongkong	Singapur
Strafverfolgung	2012	0	0	0	0	1	0
	2013	0	0	0	2	1	0
	2014	2	0	0	0	2	0
	2015	1	0	1	0	0	0
	2016	0	1	0	25	0	0
	2017	1	0	0	15	2	0
	2018	0	1	0	32	4	0
	2019	1	0	0	34	3	0
	2020	1	0	4	2	4	0
	2021	1	0	1	6	2	0
	2022	0	0	0	0	1	0
Verlust der Anstellung	2012	0	0	1	0	0	0
	2013	0	0	3	0	2	1
	2014	2	0	0	3	0	0
	2015	1	0	0	1	0	0
	2016	0	1	0	16	2	0
	2017	0	0	2	10	4	0
	2018	0	0	0	2	12	0
	2019	2	0	0	0	3	0
	2020	2	0	5	1	6	0
	2021	1	0	2	7	4	0
	2022	2	1	0	1	0	0
Reise-beschränkungen	2012	0	0	0	0	1	0
	2013	0	0	0	0	1	0
	2014	0	0	0	0	1	0
	2015	0	0	0	0	0	0
	2016	0	0	0	8	0	0
	2017	1	0	0	13	2	0
	2018	0	0	0	4	2	0
	2019	2	0	0	1	3	0
	2020	0	0	0	0	2	0
	2021	0	0	0	3	3	0
	2022	0	0	0	0	0	0
Andere	2012	0	0	0	0	1	0
	2013	0	0	0	0	2	0
	2014	0	0	0	1	0	0
	2015	0	0	0	1	0	0
	2016	2	0	0	5	0	0
	2017	1	0	0	5	0	0
	2018	3	0	0	2	8	0
	2019	0	0	0	1	6	0
	2020	1	0	1	2	2	0
	2021	1	0	0	1	7	0
	2022	0	3	0	0	1	0

Quelle: Scholars at Risk (2022): SAR's Academic Freedom Monitoring Project.
<https://www.scholarsatrisk.org/academic-freedom-monitoring-project-index/>.

Anmerkung zum Academic Freedom Index:

Der Academic Freedom Index (AFI) bewertet das faktische Niveau der akademischen Freiheit auf der ganzen Welt anhand von fünf Indikatoren: Freiheit der Forschung und Lehre, Freiheit des akademischen Austauschs und der Verbreitung, institutionelle Autonomie, Integrität des Campus und Freiheit akademischer und kultureller Äußerungen. Der AFI deckt 177 Länder und Territorien ab und bietet den bisher umfassendsten Datensatz zum Thema akademische Freiheit. Er stützt sich auf die Einschätzungen von mehr als 2050 Länderexpert:innen weltweit, auf standardisierte Fragebögen und auf ein bewährtes statistisches Modell, das vom V-Dem-Projekt umgesetzt und angepasst wurde. Das V-Dem-Projekt ist dafür bekannt, dass es die besten Daten zu verschiedenen Dimensionen der Demokratie generiert, die Forscher:innen derzeit zur Verfügung stehen. Der Academic Freedom Index verwendet genau diese Methode zur Datenaggregation; er liefert nicht nur sogenannte Punktschätzungen, sondern weist auch die Messunsicherheit bei der globalen Bewertung der akademischen Freiheit transparent aus. Quelle: <https://www.pol.phil.fau.eu/academicfreedom/>.

Tabelle 2: V-Dem - Der Academic Freedom Index 2021

Deutschland	0,972	Slowenien	0,914	Malawi	0,831
Italien	0,971	Dänemark	0,911	Kap Verde	0,828
Lettland	0,967	Kanada	0,904	Liberia*	0,822
Slowakei	0,966	Senegal	0,9	Großbritannien	0,815
Schweden	0,959	Nigeria	0,898	Gambia	0,813
Schweiz	0,958	Australien	0,893	Guinea-Bissau	0,809
Argentinien	0,958	Panama	0,891	Armenien	0,805
Estland	0,958	Rumänien	0,89	Guyana	0,802
Peru	0,957	Nepal	0,889	Ecuador	0,795
Belgien	0,957	Botswana	0,888	Kosovo	0,79
Luxemburg	0,957	Salomonen	0,879	Togo	0,784
Uruguay	0,956	Republik Moldau	0,878	USA	0,783
Honduras	0,944	Frankreich	0,877	Kenia	0,783
Chile	0,943	Mongolei	0,874	Montenegro	0,78
Österreich	0,941	Papua Neuguinea*	0,874	Griechenland	0,777
Spanien	0,94	Trinidad und Tobago	0,873	Suriname	0,771
Finnland	0,94	Seychellen	0,873	Tunesien	0,771
Israel	0,94	Südkorea	0,869	Mexiko	0,768
Irland	0,938	Taiwan	0,868	Guatemala	0,765
Tschechien	0,937	Burkina Faso	0,865	Elfenbeinküste	0,755
Jamaika	0,935	Kroatien	0,865	Serbien	0,751
Costa Rica	0,934	Bulgarien	0,863	Paraguay	0,75
Vanuatu	0,932	Niederlande	0,861	Malediven	0,746
Dominikanische Republik	0,931	Nordmazedonien	0,86	Polen	0,742
Malta	0,929	Georgien	0,858	Bolivien	0,74
Zypern	0,928	Sierra Leone	0,851	São Tomé und Príncipe	0,739
Litauen	0,924	Benin	0,838	Palästina/ Westjordanland	0,735
Norwegen	0,924	Gabun	0,836	Philippinen	0,725
Portugal	0,922	Neuseeland	0,836	Nigeria	0,722
Island	0,921	Albanien	0,832		
Barbados	0,919				

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: V-Dem - Der Academic Freedom Index 2021 (Fortsetzung)

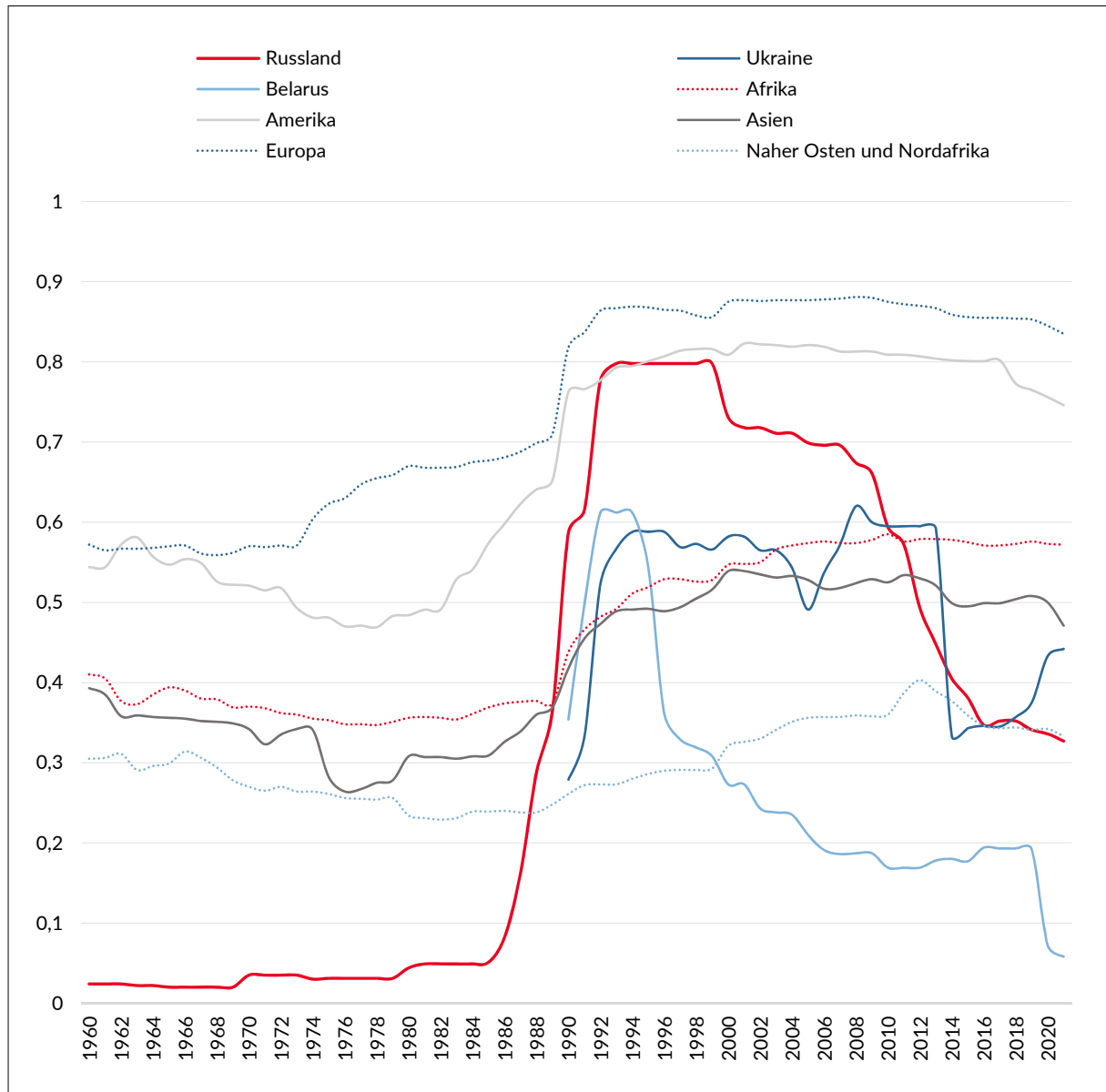
El Salvador	0,719	Irak	0,488	Simbabwe	0,207
Bosnien und Herzegowina	0,719	Angola	0,467	Burundi	0,206
Madagaskar	0,704	Sansibar	0,455	Venezuela	0,195
Osttimor	0,703	Ukraine	0,442	Eswatini	0,154
Japan	0,692	Libyen	0,442	Katar	0,145
Sambia	0,69	Uganda	0,434	Aserbaidshan	0,141
Lesotho	0,683	Demokratische Republik Kongo	0,429	Jemen	0,14
Haiti	0,682	Malaysia	0,417	Thailand	0,133
Namibia	0,676	Kasachstan	0,416	Nicaragua	0,13
Zentralafrikanische Republik	0,672	Somalia	0,412	Kuba	0,126
Mauritius	0,668	Palästina/Gaza	0,396	Iran	0,124
Südafrika	0,667	Brasilien	0,386	Tadschikistan	0,104
Sri Lanka	0,665	Ungarn	0,384	China	0,093
Ghana	0,662	Guinea	0,381	Türkei	0,085
Indonesien	0,647	Mauretanien	0,369	Ägypten	0,077
Somaliland	0,644	Fidschi	0,345	Äquatorialguinea	0,074
Tansania	0,642	Äthiopien	0,339	Ruanda	0,071
Mosambik	0,601	Russland	0,327	Saudi Arabien	0,071
Libanon	0,585	Jordanien	0,327	Laos	0,069
Kolumbien	0,579	Sudan	0,32	Vereinigte Arabische Emirate	0,061
Pakistan	0,565	Dschibuti	0,319	Belarus	0,058
Republik Kongo	0,564	Vietnam	0,315	Südsudan	0,057
Tschad	0,548	Indien	0,313	Bahrain	0,043
Afghanistan	0,546	Usbekistan	0,251	Myanmar	0,039
Marokko	0,543	Algerien	0,248	Syrien	0,037
Kirgistan	0,542	Oman	0,245	Turkmenistan	0,024
Singapur	0,528	Kambodscha	0,23	Eritrea	0,019
Komoren	0,526	Bangladesch	0,212	Nordkorea	0,01
Mali	0,509	Kamerun	0,212		
Bhutan	0,505	Hongkong	0,21		
Kuwait	0,498				

Anm.: Index von 1 = mehr Freiheit bis 0 = weniger Freiheit

* Wert von 2020, da keiner aus 2021 zur Verfügung stand

Quelle: Varieties of Democracy (2022): Country-Year: V-Dem Core. <https://www.v-dem.net/vdemds.html>.

Grafik 1: Akademische Freiheit (V-Dem Academic Freedom Index) in Russland, Ukraine, Belarus und den Weltregionen von 1960-2021



Anm.: Index von 1 = mehr Freiheit bis 0 = weniger Freiheit

Quelle: Varieties of Democracy (2022): Country-Year: V-Dem Core. <https://www.v-dem.net/vdemds.html>.

Die Zerstörung der akademischen Freiheit und der Sozialwissenschaften in Russland

Theodore Gerber (Universität Wisconsin-Madison) und Hannah Chapman (Miami University, Ohio)

DOI: 10.31205/RA.422.03

Zusammenfassung

Die jüngsten innenpolitischen Repressionen der russischen Regierung und die plötzliche Isolierung russischer Wissenschaftler:innen von internationalen Kooperationspartner:innen werden die russische Wissenschaft, insbesondere die Sozialwissenschaften, wahrscheinlich zerstören. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die russischen Sozialwissenschaften praktisch aus dem Nichts entstanden und haben sich zu einer wichtigen Quelle für wissenschaftliche Forschung, Verbindungen zu globalen akademischen Netzwerken und Einblicke in die Funktionsweise der russischen Gesellschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft entwickelt. Der zu erwartende Verlust der russischen Sozialwissenschaften wird eine wichtige Quelle für unser Verständnis für Russland versiegen lassen. Obwohl sich die Unterstützungsprogramme für geflüchtete Wissenschaftler:innen derzeit (zu Recht) auf die Hilfe für ukrainische Forscher:innen und Studierende konzentrieren, sollten westliche Regierungen, Universitäten und große Förderorganisationen Maßnahmen ergreifen, um russische Sozialwissenschaftler:innen im Exil einen Verbleib zu organisieren und sie zu schützen. Und zwar nicht nur kurzfristig, sondern bis sich die Bedingungen in Russland ändern und eine Wiederaufnahme der Sozialwissenschaften dort möglich sein wird.

Die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Disziplin in Russland, 1991–2022

Die Zensur der Sowjetzeit, die ideologische Starrheit und der Mangel an akademischer Freiheit schränkten die Entwicklung der russischen Sozialwissenschaften während der Sowjetära ein und stellten für die russischen sozialwissenschaftlichen Disziplinen eine nahezu unüberwindbare Barriere zu den entsprechenden internationalen wissenschaftlichen Communities dar. Abgesehen von einigen wirtschaftswissenschaftlichen und anthropologischen Fächern und einer entstehenden empirischen soziologischen Tradition, die den Schwerpunkt auf die Umfrageforschung legte, blieben die russischen Sozialwissenschaften (im Gegensatz zu vielen naturwissenschaftlichen Fächern) zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion weit hinter der internationalen Entwicklung zurück.

In den letzten drei Jahrzehnten erlangten einige russische akademische Einrichtungen, oft mit der Unterstützung von Mitarbeiter:innen und Geldgebern aus dem Ausland, internationale Anerkennung und Prestige. Sie richteten Graduiertenprogramme in den Sozialwissenschaften ein, rekrutierten ausländische Wissenschaftler:innen, um Studierende auszubilden und Forschungspartnerschaften mit russischen Kolleg:innen einzugehen, schufen Anreize für Veröffentlichungen in angesehenen Fachzeitschriften und verschafften somit russischen Forscher:innen im Ausland einen guten Ruf. In den 1990er Jahren wurden neue Institutionen gegründet, die qualitativ hochwertige Bildungs- und

Forschungsprogramme anbieten sollten, wie die Europäische Universität St. Petersburg (EUSP), die New Economic School, das Smolnyj College für freie Künste und Wissenschaften, das Zentrum für unabhängige Sozialforschung CISR und die Moskauer Schule für Sozialwissenschaften (»Schaninka«).

Die erfolgreichste unter ihnen war die Higher School of Economics (HSE). Die 1992 in Moskau gegründete HSE wurde von der Regierung großzügig finanziert und hatte eine starke Hochschulleitung. Nachdem sie hochkarätige russische Wissenschaftler:innen und einige ausländische Forscher:innen in ihren Lehrkörper aufgenommen, starke sozialwissenschaftliche Labore mit ausländischen Wissenschaftler:innen entwickelt und Zweigstellen in drei anderen Städten gegründet hat, ist sie heute Russlands führende Universität.

Im Jahr 2003 beteiligte sich Russland am Bologna-Prozess zur Vereinheitlichung der Studiengänge (der allerdings nie vollständig umgesetzt wurde). Im Jahr 2012 kündigte die russische Regierung Pläne zur Verbesserung des internationalen Rufs der russischen Universitäten an, indem sie in eine Reihe ausgewählter Einrichtungen investierte, von denen fünf bis 2020 zu den 100 besten Universitäten der Welt gehören sollten.

Die Bemühungen um die Modernisierung der russischen Universitäten waren umstritten und wurden ungleichmäßig und inkonsequent umgesetzt. Innerhalb der russischen Universitäten wehrte sich die »alte Garde« der Dozierenden und des Verwaltungspersonals gegen Änderungen der Leistungskriterien und Standards, die sie nicht auf den Wettbewerb vorbereiteten. Finanzie-

rungsmodelle, die sich in den 1990er Jahren auf Spenden ausländischer Stiftungen und in den 2010er Jahren auf selektive Investitionen der russischen Regierung stützten, förderten tendenziell die Exzellenz einiger weniger herausragender Einrichtungen, während der Rest unterging. Nichtsdestotrotz trugen die Erfolge der Kerninstitutionen dazu bei, eine blühende sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft in Russland zu schaffen, deren Mitarbeitende größtenteils einer jüngeren Generation russischer Wissenschaftler:innen angehören, die sich für Spitzenforschung, hohe Bildungsstandards und Internationalisierung einsetzt.

Gegenläufiger Trend: Wissenschaftsfreiheit in Gefahr

Die Freiheit der Wissenschaft, die in den 1990er Jahren floriert hatte und in den ersten Jahren des Putin-Regimes noch einigermaßen geschützt war, geriet jedoch zunehmend unter Beschuss, als Putin ab Ende der 2000er Jahre zur autokratischen Herrschaft überging. Im Jahr 2010 richtete die russische Regierung eine Kommission gegen »Geschichtsfälschung« ein, die Strafen für die Veröffentlichung von Geschichtsdarstellungen verhängen sollte, die die sowjetischen Handlungen im Zweiten Weltkrieg in einem negativen Licht erscheinen ließen. Die Kommission kam nie wirklich in Gang, war aber ein Vorbote konzertierter Bemühungen, Wissenschaftler:innen, die sich kritisch zu aktuellen und historischen Themen äußerten, zu bestrafen. Nach seiner Rückkehr ins Präsidentenamt im Jahr 2012 verschärfte Putin kontinuierlich das Vorgehen gegen die bürgerlichen Freiheiten, was sich auch auf die Wissenschaftsfreiheit auswirkte. Gesetze über »ausländische Agenten«, »unerwünschte Organisationen« und »Extremismus« wurden zu Instrumenten, um unabhängige Forschungszentren wie das Lewada-Zentrum ins Visier zu nehmen.

Im Jahr 2015 eröffneten zwei russische Autor:innen einen Artikel mit der Feststellung: »Als russische Wissenschaftler:innen, die über Sozialpolitik forschen und die in internationale akademische Netzwerke integriert sind, sind wir zutiefst besorgt über die derzeitigen Entwicklungen in Russland, die es uns immer schwerer machen, unsere Arbeit fortzusetzen. Wenn dieser Trend nicht gestoppt werden kann, werden russische Sozialwissenschaftler:innen wieder so isoliert sein werden wie vor 1989. Ebenso könnten internationale Wissenschaftler:innen außerhalb Russlands weniger Zugang zu Informationen über unser Land oder zu Forschungsarbeiten hier bekommen.« Andere schrieben über Selbstzensur und ethische Dilemmata bei der Ausübung der Sozialwissenschaften in Russland.

Die Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit haben sich in den letzten Jahren beschleunigt. Der EUSP wurde 2017 und der Schaninka 2018 die Lehrbefugnis entzo-

gen, angeblich aus technischen Gründen, hinter denen viele politische Motive sahen, um regimekritische Forschung und Lehre zu unterbinden (beide Lehrbefugnisse wurden schließlich wieder hergestellt). Seit 2019 haben die russischen Behörden eine offene Kampagne zur Unterdrückung abweichender Meinungen innerhalb der Wissenschaft verstärkt. Studierende wurden wegen ihrer Teilnahme an Protesten von den russischen Universitäten exmatrikuliert. Die Universitäten wurden gezwungen, die politischen Aktivitäten ihrer Studierenden zu überwachen und Listen derjenigen, die protestieren, oder sogar Informationen über Demonstrationen, an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben.

Die HSE erließ umstrittene Maßnahmen zur Einschränkung der freien politischen Meinungsäußerung. Sie entzog der Studierendenzeitschrift Doxa den Status einer Studierendenorganisation, und vier ihrer Redakteur:innen wurden schließlich verhaftet, weil sie zu Protesten aufgerufen hatten. Im Januar 2020 erließ die Universität Maßnahmen, die es Studierenden und Lehrkräften untersagten, sich an bestimmten politischen Aktivitäten zu beteiligen. Einigen Lehrkräften der HSE wurden die Verträge gekündigt, was allgemein als Vergeltungsmaßnahme für oppositionelle politische Aktivitäten interpretiert wurde. In letzter Zeit wurden weitere HSE-Dozierende wegen kritischer Äußerungen entlassen.

Im April 2021 unterzeichnete Putin ein neues Hochschulgesetz, das eine Genehmigung der Regierung für jede Zusammenarbeit russischer Wissenschaftler:innen mit ausländischen Kolleg:innen vorschreibt (auch für Einladungen zu Vorträgen) und das alle öffentlichen Bildungsaktivitäten verbietet, die sich angeblich gegen die russische Verfassung richten oder Unruhen schüren, obwohl russische Wissenschaftler:innen und Kulturschaffende in der Öffentlichkeit dagegen protestierten. Im Juni 2021 wurde das Bard College von der russischen Generalstaatsanwaltschaft zu einer »unerwünschten Organisation« erklärt, woraufhin es seine gemeinsamen Studiengänge und Austauschprogramme einstellte. Der Gründungsrektor der HSE Jaroslaw Kusminow trat im Juli unter Verdacht zurück, dass er durch politischen Druck, der sich auf die jüngste Politik der Universität auswirkte, zum Rücktritt gezwungen wurde. Später im selben Jahr wurde der Rektor der »Schaninka« Sergej Sujew unter dem Vorwurf der Veruntreuung verhaftet, der vermutlich politisch motiviert war. Sujew befindet sich derzeit in Haft.

Die letzten Nägel im Sarg

Kurz nach dem Einmarsch in die Ukraine erließ die russische Regierung Gesetze, die Äußerungen gegen den Krieg unter Strafe stellten, darunter auch die Bezeichnung »Krieg«. In einer Rede am 16. März bezeichnete

Präsident Wladimir Putin Russ:innen, die mit »dem Westen« sympathisieren, als »fünfte Kolonne« von »Verräter:innen« und »Abschaum«, der aus Russland entfernt werden müssten. Das Bildungsministerium kündigte an, dass Soziologie, Politikwissenschaft und Kulturwissenschaften in den pädagogischen Instituten Russlands nicht mehr gelehrt werden sollen. Ende März verbot Russland seinen Wissenschaftler:innen die Teilnahme an internationalen Konferenzen und erklärte die populärwissenschaftliche Zeitschrift *Troizkij Wariant* zum »ausländischen Agenten«, nachdem die Zeitschrift einen Brief von Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsautor:innen veröffentlicht hatte, der sich gegen den Krieg richtete und von 8.000 Personen unterzeichnet wurde.

Das bedeutet nicht, dass die gesamte russische wissenschaftliche Community gegen den Krieg ist: Wie der Rest des Landes ist sie polarisiert, wie der öffentliche Brief zur Unterstützung der Invasion, der von mehr als 200 Rektor:innen russischer Universitäten unterzeichnet wurde, beweist. Gleichzeitig haben Tausende von russischen Wissenschaftler:innen und Akademiker:innen offene Briefe unterzeichnet, in denen sie gegen den Krieg protestieren, eine Handlung, die inzwischen mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft wird.

Die russische Wissenschaft wurde für den grundlosen Angriff ihres Landes auf die Ukraine international verurteilt. Ukrainische Wissenschaftler:innen haben zu einem »vollständigen Boykott der russischen Wissenschaft« aufgerufen. Mehrere Länder haben ein allgemeines Kooperationsverbot mit russischen Wissenschaftler:innen verhängt oder die Zahlung von Stipendien an sie ausgesetzt, und mindestens eine Universität hat neue Bewerbungen von russischen Studierenden eingeschränkt. Akademische Zeitschriften weigern sich, Beiträge von russischen Wissenschaftler:innen und Universitäten anzunehmen. Ein US-Kongressabgeordneter hat gefordert, russische Studierende von den Universitäten zu verweisen. Die *Times Higher Education* hat »Schritte angekündigt, um sicherzustellen, dass russische Universitäten« in ihren globalen Rankings für Universitäten »weniger hervorgehoben werden«. Kurz nach Beginn der Invasion beendete das MIT seine Partnerschaft mit dem Skolkowo-Institut für Wissenschaft und Technologie (Skoltech), das es 2011 mitgegründet hatte. Westliche Institutionen und einzelne Wissenschaftler:innen taten es ihnen gleich und kappten die formalen Beziehungen zu russischen Universitäten und Instituten. Diese Maßnahmen werden russische Forscher:innen mit Sicherheit von ihren jeweiligen internationalen Communities trennen und ihre Fähigkeit, Forschung zu betreiben und Studierende auszubilden, weiter beeinträchtigen.

Zahlreiche Professor:innen, darunter sowohl Russ:innen als auch Ausländer:innen, haben ihre Stellen an russischen Universitäten gekündigt und das Land

verlassen, wobei sie sich häufig auf das Ende der akademischen Freiheit berufen. Journalist:innen schätzen, dass innerhalb weniger Wochen 250.000 Menschen ins Ausland geflohen sind, darunter viele Akademiker:innen, Journalist:innen, Aktivist:innen und andere Fachleute, die bei einem Verbleib in Russland mit Verfolgung und Isolation rechnen müssen. Bereits jetzt werden Studierende wegen der Teilnahme an Protesten und für Beiträge in den sozialen Medien gegen den Krieg des Landes verwiesen.

Wissenschaftler:innen, die in Russland bleiben, werden auf finanzielle, berufliche und politische Hindernisse stoßen, wenn sie Forschungen durchführen wollen, die internationalen Standards entsprechen. Sie werden weiterhin mit Verfolgung konfrontiert sein, wenn ihre Arbeit als »politisch« eingestuft wird. Das ist ein Etikett, das auf die meisten sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten zutrifft. Eine echte Forschung in diesen Disziplinen ist somit nicht mehr möglich.

Die Folgen

Anzeichen für die drohende Zerstörung der russischen Sozialwissenschaften gab es schon in den letzten Jahren, aber der Krieg und seine Folgen waren die letzten Nägel im Sarg. Dies geschah genau zu einem Zeitpunkt, als die sozialwissenschaftliche Forschung über Russland zu florieren begann, was zum großen Teil auf die Bemühungen junger, vielversprechender Forschender zurückzuführen war. Die Demontage der Sozialwissenschaften und der wissenschaftlichen Communities im Allgemeinen hat negative Folgen für die internationalen Sozialwissenschaften und westliche Regierungen. Sie bedeutet den Verlust einer bedeutenden Informationsquelle über Russland und auch den Verlust von Forschungsarbeiten, die sich mit wissenschaftlichen Debatten befassen, einschließlich Studien, die Russland innerhalb dieser Debatten verorten. Obwohl westliche Wissenschaftler:innen sozialwissenschaftliche Forschungen über Russland durchführen, waren sie oft auf die Zusammenarbeit mit in Russland ansässigen Akademiker:innen und Studierenden sowie mit Forschenden unabhängiger Sozialforschungseinrichtungen angewiesen.

Putins innenpolitisches Vorgehen hindert ausländische Forscher:innen daran, nach Russland zu reisen, um Daten durch Feldforschung, Archivrecherchen, Interviews und Umfragen zu sammeln. Jüngste Innovationen, die durch die COVID-19-bedingten Reisebeschränkungen vorangetrieben wurden, wie z. B. »Mittler«-Unternehmen, Big-Data-Analysen und virtuelle Interviews, sind zwar weiterhin möglich, aber die Atmosphäre des antiwestlichen Extremismus und die Kriminalisierung von Aktivitäten, die als Unterstützung der »Feinde« Russlands gelten, könnten russische Teilnehmende gefährden. Dies verschärft wiederum die ethischen Fragen, ob aus-

ländische Sozialwissenschaftler:innen eine Gefährdung ihrer russischen Partner:innen und Proband:innen riskieren sollten. Die Auswirkungen der neuen staatlichen Beschränkungen für soziale Medien werden wahrscheinlich den Nutzen von Studien, die auf »Big Data« basieren, in Zukunft einschränken.

Westliche Entscheidungsträger:innen werden somit Wissen und Fachkenntnisse über Russland verlieren, die sie benötigen, um politische Maßnahmen zur Bewältigung der erheblichen Herausforderungen für die globale Sicherheit zu entwickeln, die die russische Regierungspolitik in den kommenden Jahren mit sich bringen wird, unabhängig davon, welche Richtung die Invasion in der Ukraine und die Innenpolitik in Russland einschlagen werden. Das implizite Wissen über die russische Gesellschaft und Kultur, das sich aus dem Aufwachsen und Leben vor Ort ergibt, kann nicht vollständig durch Analysen aus der Ferne ersetzt werden. Zwar lässt sich darüber streiten, ob akademisches Fachwissen wirklich Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung hat, doch der Verlust von Erkenntnissen über Russland, die sowohl auf Fakten als auch auf Intuition und gelebten

Erfahrungen sowie ständigen Kontakten mit der Bevölkerung beruhen, verheißt nichts Gutes für die Fähigkeit der politischen Entscheidungsträger:innen, sich in den kommenden Jahren mit Russland auseinanderzusetzen. [...] Auf lange Sicht wird Russland mit seinen 145 Millionen Einwohner:innen, seinem riesigen Atomwaffenarsenal und seinen gewaltigen Kohlenwasserstoffreserven ein wichtiger geopolitischer Akteur und Rivale des Westens bleiben. Daher sollte der Westen Maßnahmen in Erwägung ziehen, die nicht nur Putins böartigem Angriff auf die Ukraine entgegenwirken, sondern auch Russlands umfassenderen strategischen Bemühungen, die internationale Ordnung zu untergraben. Da die Hindernisse für die sozialwissenschaftliche Forschung in Russland immer größer werden, muss das Insiderwissen über Russland, über das wir derzeit verfügen, geschützt und bewahrt werden, anstatt den ohnehin gefährdeten Forschenden vor den Kopf zu stoßen und Wissen und Kompetenzen verfallen zu lassen, in Zeiten, in denen dies am dringendsten benötigt wird.

Stand: 11.04.2022

Quelle: <https://www.ponarseurasia.org/the-destruction-of-academic-freedom-and-social-science-in-russia/>. *Übersetzung mit einigen Kürzungen.*

Über die Autor:innen

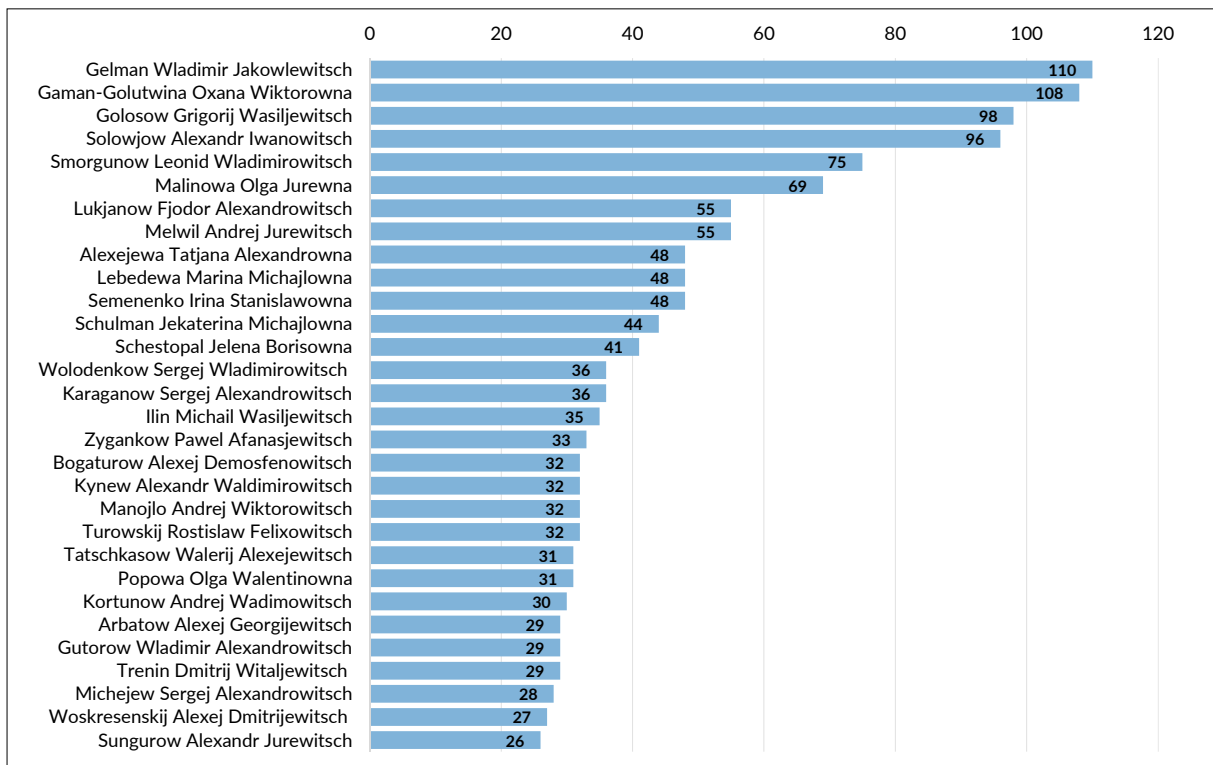
Theodore Gerber ist Professor für Soziologie an der Universität von Wisconsin-Madison. Zudem ist er der Direktor des Zentrums für Russland, Osteuropa und Zentralasien.

Hannah Chapman ist Assistenzprofessorin für Politikwissenschaften an der Miami University, Ohio. Sie forscht und lehrt auf dem Gebiet der Vergleichenden Politikwissenschaft mit besonderem Schwerpunkt auf politischem Verhalten und Kommunikation in der ehemaligen Sowjetunion.

UMFRAGEN

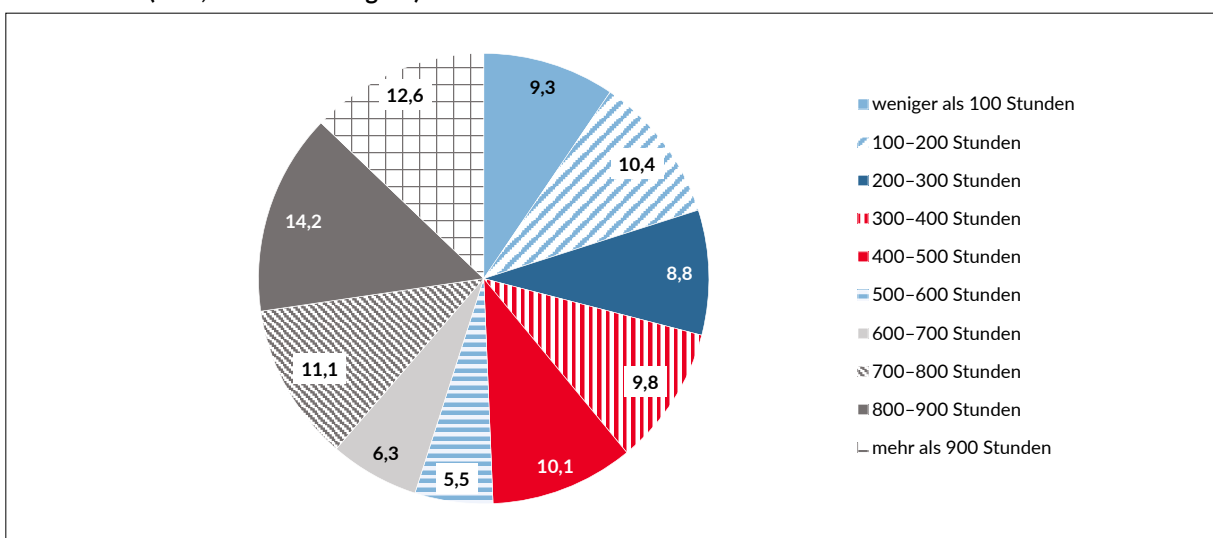
Politikwissenschaft in Russland

Grafik 1: Ranking russländischer Politikwissenschaftler:innen unter 990 Befragten (Anzahl der Nennungen/Stimmen)

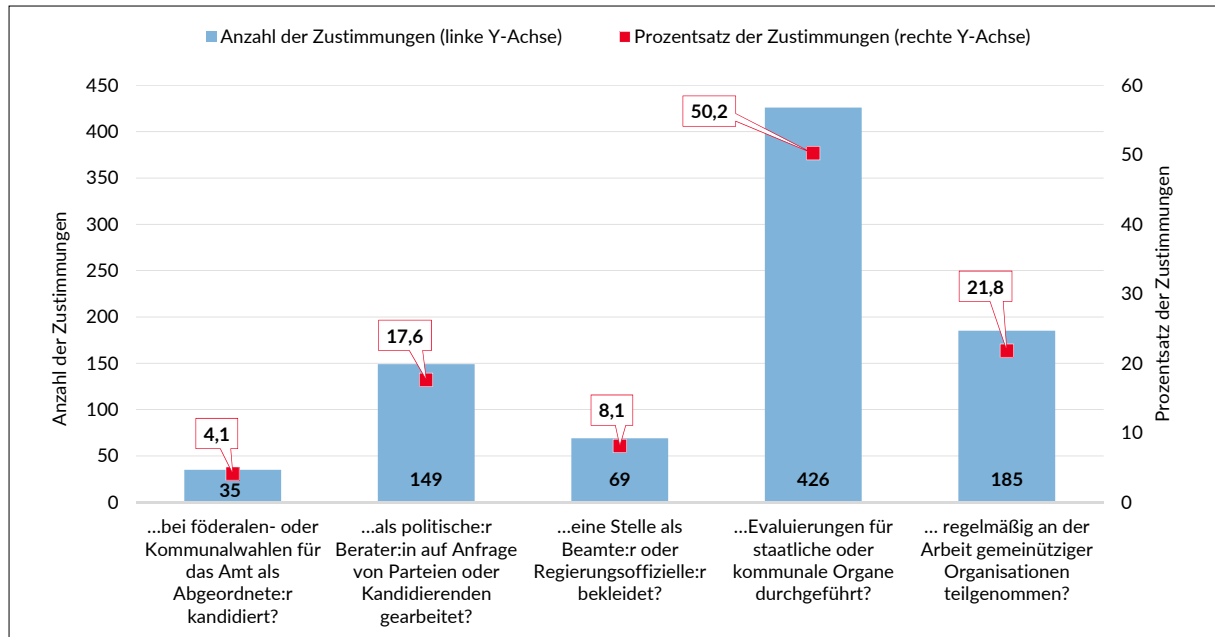


Quelle: Afaganow, J. & Sokolow, M. (2022): Akademitscheskie Reputazii Rossijskich Politologow i Otetschestwennoe Politologitscheskoe Soobschtschestwo. Zentrum für institutionelle Analyse von Wissenschaft und Bildung: Europäische Universität St. Petersburg, <http://ciase.ru/2022/04/27/report/>.

Grafik 2: Können Sie ungefähr sagen, wie hoch ihr Lehrdeputat in diesem Jahr sein wird? (in %, von 592 Befragten)



Quelle: Afaganow, J. & Sokolow, M. (2022): Akademitscheskie Reputazii Rossijskich Politologow i Otetschestwennoe Politologitscheskoe Soobschtschestwo. Zentrum für institutionelle Analyse von Wissenschaft und Bildung: Europäische Universität St. Petersburg, <http://ciase.ru/2022/04/27/report/>.

Grafik 3: Verteilung der Antworten auf die Frage »Hatten Sie in den letzten 12 Monaten...« (unter 848 Befragten)

Quelle: Afaganow, J. & Sokolow, M. (2022): Akademitscheskie Reputazii Rossijskich Politologow i Otetschestwennoe Politologitscheskoe Soobschtschestwo. Zentrum für institutionelle Analyse von Wissenschaft und Bildung: Europäische Universität St. Petersburg, <http://ciase.ru/2022/04/27/report/>.

Tabelle 1: Bitte wählen Sie aus der folgenden Liste die Bereiche der Politikwissenschaft, auf die Sie sich spezialisiert haben. (in absteigender Reihenfolge, in Prozent derjenigen, die mindestens ein Feld angegeben haben, 855 Befragte)

Spezialisierung	Anzahl der Antworten	Prozentsatz der Antworten
Internationale Beziehungen, Weltpolitik	412	46
Politische Prozesse in Russland	348	38,8
Geopolitik und nationale Sicherheit	258	28,8
Politische Theorie, politische Philosophie, Geschichte des politischen Denkens	247	27,6
Politik einzelner ausländischer Staaten und Regionen der Welt (bspw. Japan oder Afrika)	242	27
Politische Kommunikation, politische Technologie, PR	215	24
Vergleichende Politikwissenschaft	201	22,4
Politische Kultur, politische Werte und politisches Verhalten	198	22,1
Politischer Regionalismus und subnationale Politik	178	19,9
Methoden und Methodik der Politikforschung	171	19,1
Parteien, Wahlen und Wahlprozesse	170	19
Ethnopolitik und ethnische Konflikte	163	18,2
Staatliche und kommunale Verwaltung	143	16
Soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft und NGO	114	12,7
Symbolische Politik, Erinnerungspolitik, politische Linguistik und Semiotik	92	10,3
Politische Psychologie	64	7,1
Policy Analysis	48	5,4
Politische Ökonomie	47	5,2
Gender Studies	32	3,6

Quelle: Afaganow, J. & Sokolow, M. (2022): Akademitscheskie Reputazii Rossijskich Politologow i Otetschestwennoe Politologitscheskoe Soobschtschestwo. Zentrum für institutionelle Analyse von Wissenschaft und Bildung: Europäische Universität St. Petersburg, <http://ciase.ru/2022/04/27/report/>.

Der Bologna-Prozess in Russland nach Beginn des russisch-ukrainischen Krieges

Russland verabschiedet sich schrittweise vom Bologna-Prozess. Noch im März 2022 hatte das Ministerium für Bildung und Wissenschaft Russlands erklärt, dass ein Ausstieg aus dem Bologna-System nicht zur Debatte stünde. Spätestens im Mai wendete sich allerdings das Blatt. Kurz nach einem Interview vom Sekretär des Sicherheitsrats Nikolaj Patruschew erklärte Bildungsminister Falkow, dass der Bologna-Prozess nun »der Vergangenheit« angehöre.

Die Russland-Analysen dokumentieren einschlägige Aussagen seit Kriegsbeginn und mögliche Pläne für die Zukunft des russischen Hochschulsystems.

11.06.2022

RBK bat die Rektor:innen und Vertreter:innen der Universitäten, die es in die Top 20 des RAEX-Rankings der hundert besten Universitäten in Russland (https://raex-rr.com/education/universities/rating_of_universities_of_russia) geschafft haben und in das Hochschulentwicklungsprogramm »Priorität 2030« (<https://minobrnauki.gov.ru/%D0%BFD1%80%D0%B8%D0%BE%D1%80%D0%B8%D1%82%D0%B5%D1%82.pdf>) aufgenommen wurden, über die nationalen Alternativen zum Bologna-System, die Risiken einer Isolation des russischen Hochschulwesens und die mögliche Dauer der begonnenen Umstrukturierung nachzudenken. Die Russland-Analysen dokumentieren die Aussagen der Hochschulleitungen ausschnittsweise.

Frage 1: Was könnte das Bologna-System an den Universitäten ersetzen?

Rektor der Higher School of Economics (HSE) Nikita Anisimow

Es ist fraglich, ob einfach ohne Russland beschlossen werden kann, dass wir nicht mehr Teil des gesamteuropäischen Hochschulraums sind. Ich denke nicht. Es gibt jetzt einen Prozess der »Scheidung« vom gesamteuropäischen Raum, das russische Bildungswesen positioniert sich als unabhängige Einheit auf dem Markt der Bildungsdienstleistungen. Wir stehen jetzt im Wettbewerb mit europäischen, amerikanischen, chinesischen und anderen Märkten. Aber alle Regulatorien dieses Systems bleiben bestehen, und wir diskutieren jetzt über Änderungen in der Gesetzgebung im Bereich der Bildung, die zuvor aufgrund des Beitritts in den gesamteuropäischen Raum verabschiedet wurden. Derzeit sind 40 Millionen Menschen im Bildungswesen tätig. Diejenigen, die schon lange in diesem Bereich arbeiten, wissen, dass es nicht einfach ist, die Gesetze zu ändern.

Rektor der Staatlichen Universität St. Petersburg (SPbSU) Nikolaj Kropatschow auf der Sitzung der Rektorenvereinigung (https://vk.com/video-167915299_456240092)

Es kommt nicht auf die Dauer, sondern auf die Qualität an. [...] Vielleicht ist es mancherorts notwendig, nicht vier, nicht fünf, nicht sieben, sondern elf Jahre zu unterrichten, wenn man die Studiengangs-Vertikale richtig aufbaut. Aber wir dürfen auch das Geld nicht vergessen. Fordern wir jetzt Geld für uns alle, und am Ende gewährleisten wir sowjetische Qualität? Oder brauchen wir einfach mehr Geld und eine längere Studienzeit? Natürlich sind es nicht nur und nicht so sehr die Rektor:innen, die [die Dauer des Studiums] festlegen sollten, sondern die Unternehmen und die staatlichen Behörden. Das sind unsere Kunden. Man sollte nicht davon ausgehen, dass ein Bachelor-Abschluss, von denen es zehn- oder hunderttausende gibt, ein Abschluss zweiter Klasse ist. Das ist nicht so.

Amtierender Rektor der Polytechnischen Universität Tomsk (TPU) Dmitrij Sednew

Derzeit muss gar nicht mehr diskutiert werden, ob es ein alternatives System geben wird. Das wird kommen. Die Änderungen sollten das Hochschulsystem flexibler machen. Eine starr geregelte Hochschulbildung entspricht nicht dem Zeitgeist und den Bedürfnissen der Gesellschaft.

Das Format »2+2+2« ist durchaus gerechtfertigt, wenn es einen ausreichend breit angelegten Bachelor-Abschluss gibt, auf den nach den ersten beiden Studienjahren die Wahl einer Spezialisierung folgt.

Anmerkung:

Das »2+2+2«-System wurde von Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen. Es sieht vor, dass die ersten beiden Jahre des Studiums der Vermittlung allgemeiner Kenntnisse dienen und die Studierenden danach ein Profil wählen. In den folgenden zwei Jahren erwerben die Studierenden Kenntnisse in der gewählten Spezialisierung. In den letzten beiden

Jahren, die dem Master-Abschluss entsprechen, sollen die Kenntnisse der Studierenden weiter vertieft werden. Der Master-Abschluss soll nicht das im Bachelor-Abschluss erworbene Wissen wiederholen.

Rektor der Uraler Föderalen Universität benannt nach dem ersten Präsidenten Russlands Boris N. Jelzin (UrFU) Wiktor Kokscharow

Die Diskussion auf der letzten Sitzung der Rektorenvereinigung drehte sich um einen reibungslosen Übergang bei der Veränderung des russischen Bildungssystems unter Berücksichtigung der nationalen Interessen und unter Rückgriff auf die Traditionen, die sich im Hochschulwesen etabliert haben. Ohne das Beste, das in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde, zu verwerfen. Daher sollten verschiedene Systeme angeboten werden:

»2+2+2«, »4+1«, »5+1«, »5+2«, das traditionelle Fachstudium mit unterschiedlichen Studienzeiten.

Rektor der Nationalen Forschungsuniversität Nowosibirsk (NGU) Michail Fedoruk

Der nahtloseste Übergang vom bestehenden zum neuen Bildungsmodell ist in der Einführung des »2+2+2«-Systems (»4+2«) zu sehen. Es ist schwierig, sich zu diesem Thema zu äußern, da es noch keine Einzelheiten über die bevorstehenden Veränderungen gibt.

Erste Vizerektorin der Nationalen Forschungsuniversität (ITMO) Darja Koslowa

Die bewusste Ausgestaltung der eigenen beruflichen Laufbahn, die nicht erst an der Universität, sondern bereits in der Schule beginnt, könnte eines der Merkmale des neuen nationalen Bildungssystems sein. Oft wissen Schüler:innen, wenn sie an die Universität kommen, nicht genau, was sie am Ende ihres Studiums erreichen wollen. An der ITMO helfen wir den Studierenden mit Hilfe eines Systems zur Analyse des Studienprozesses zu verstehen, wie man einen Studienplan aufbaut, damit die Studierenden in vier Jahren zu dem werden, wovon sie als Schulabsolvent:innen geträumt haben.

Das russische System kann alle bewährten Praktiken übernehmen, die in der Zeit, in der wir dem Bologna-System beigetreten sind, entwickelt wurden. Es ist möglich, die Qualität der Ausbildung an den Hochschulen, insbesondere an den regionalen, zu verbessern, indem das Potenzial der führenden Universitäten genutzt, die Mobilität von Lehrkräften und Studierenden gefördert und die Anforderungen der Wirtschaftsunternehmen sorgfältig berücksichtigt werden.

Rektor der Moskauer Staatlichen Technischen Bauman-Universität Michail Gordin

Das Bologna-Modell nicht direkt zu kopieren, bedeutet keine vollständige Rückkehr zum sowjetischen System, denn in einigen Fällen entspricht die zweistufige Ausbildung mit Grund- und Hauptstudium den Interessen sowohl der Arbeitgeber als auch der Studierenden. Wir haben es in der Hand, ein System zu schaffen, das eine flexiblere Wahl und Zusammenstellung des Studiums ermöglicht. In vielen Fällen ist es wichtig, das Diplomstudium (»spezialitet«) wiederzubeleben. Es ist auch wichtig, die Liste der Qualifikationen für Hochschulabsolvent:innen zu erweitern und solche Qualifikationen zusammen mit dem Diplom zu vergeben.

Rektor der St. Petersburger Polytechnischen Universität (SPbPU) Andrej Rudskoj

Das Hochschulsystem sollte sich an den kulturellen und historischen Besonderheiten des Landes orientieren. Die sowjetische technische Ausbildung galt zurecht als die beste der Welt, als Resultat sind die Erforschung des Weltraums, die Erfolge in der Atomindustrie und die Nobelpreise zu nennen. Das Land braucht begabte und gut ausgebildete Ingenieure mit einer grundlegenden multidisziplinären Ausbildung, aber auch mit praktischen Fähigkeiten. An der SPbPU wird dies durch starke Verbindungen zu Partnern in der Industrie erleichtert.

Rektor der Finanzuniversität bei der Regierung der Russischen Föderation Stanislaw Prokoffew

Die Aufgabe der Hochschulen besteht heute darin, die Qualität der Bildung zu verbessern und den Studierenden die Möglichkeit zu geben, individuelle Karrierewege zu beschreiten. Wir glauben, dass die Entwicklung des »2+2+2«-Modells immer beliebter werden wird und die Flexibilität und Effektivität der Studiengänge erhöhen wird.

Gegenwärtig hat sich das zweistufige System des Bachelor- und Master-Studiums erfolgreich an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, der Studierenden und ihrer Eltern sowie an die Möglichkeiten und Perspektiven der Hochschulen in vielen Ausbildungsbereichen angepasst. Und das könnte in Russland fortgesetzt werden.

Frage 2: Was sind die Vor- und Nachteile des Bologna-Systems?

Positive Merkmale des Bologna-Systems:

- Die Möglichkeit, einen Bachelor-Abschluss mit einem verwandten Master-Abschluss zu kombinieren;

- Integration in den globalen Bildungsraum;
- Akademische Mobilität von Lehrkräften und Studierenden;
- Anstieg der Zahl der ausländischen Studierenden in Russland.

Zu den Nachteilen gehören:

- ein geringer Grad an Integration und Abstimmung mit den Bedürfnissen von Arbeitgebern;
- Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche bei Bachelor-Absolvent:innen;
- Abwanderung talentierter Fachkräfte ins Ausland.

Frage 3: Darf sich ein Master-Abschluss von einem Bachelor-Abschluss fachlich unterscheiden?

Dmitrij Sednew, amtierender Rektor der TPU

Ich glaube nicht, dass eine starre Bindung der Bachelor- und Masterstudiengänge an einen erweiterten Fachbereich gut ist. Es muss eine gewisse Flexibilität gegeben sein. Ich sehe kein Argument, warum ein Energietechniker nicht IT studieren kann, um später die Digitalisierung in der Energiebranche voranzutreiben. Und umgekehrt.

Wiktor Kokscharow, Rektor der Boris-Jelzin Universität UrFU

Das frühere System war eine gute Möglichkeit, einen zweiten Hochschulabschluss zu erwerben, auch in einem anderen Fachbereich. Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, dass dies negative Folgen hat. Es kann schwierig sein, mit einem Grundstudium der Wirtschaftswissenschaften einen Master in Geschichte zu machen, oder als Historiker in den Wirtschaftswissenschaften usw. In der Regel erfüllen diese Masterstudierenden die entsprechenden Anforderungen nicht und sind gezwungen, ihr Studium nach dem ersten Jahr abzubrechen. Ich habe bereits vorgeschlagen, die Zulassung auf Masterstudiengänge im Bereich der Pädagogik zu beschränken, aber Ausnahmen könnten in Betracht gezogen werden.

NGU-Rektor Michail Fedoruk

Ich betrachte diese Änderung nicht als revolutionär. Viele Universitäten, darunter auch die NGU, haben auch ohne dieses Erfordernis recht strenge Zulassungsvoraussetzungen für Masterstudiengänge, die im Prinzip nicht ohne ein Studium im Bachelor mit einem vergleichbaren Profil erfüllt werden können. Diese neue Anforderung könnte die Zielgruppe der Masterstudiengänge mit einem kreativen bzw. künstlerischen Profil verändern, für die keine spezielle Ausbildung erforderlich ist.

Rektor der Finanzuniversität bei der Regierung der Russischen Föderation Stanislaw Prokoffew

Die fachliche Spezialisierung im Master kann als der richtige Ansatz bezeichnet werden. Absolvent:innen einer technischen Universität oder einer anderen Universität mit ähnlicher fachlicher Ausrichtung können in ein geisteswissenschaftliches Studienfach einsteigen und das erfolgreich meistern. Umgekehrt wird es für Absolvent:innen einer geistes- oder sozialwissenschaftlichen Universität aufgrund des fehlenden Basiswissens schwer fallen, wenn die Fachrichtung des Studiums drastisch gewechselt wird.

Frage 4: Ende des Bologna-Systems – Gefahr der Isolation für Russland?

Nikita Anisimow, Rektor der Higher School of Economics

Ich sehe keine großen Risiken für die HSE: Wir haben einen Immatrikulierungswettbewerb für ausländische Studierende, und wir sehen die Zahl der Bewerbungen. Insgesamt war das föderale Projekt »Bildungsexport« eine Herausforderung für das gesamte Bildungssystem. Die Zahl von 425.000 Ausländer:innen, die laut Projektzielen bis 2024 in Russland studieren sollen, ist eine sehr hoch angesetzte Zahl, auch ohne Berücksichtigung der aktuellen Ereignisse. Die Förderung des russischen Hochschulwesens soll dazu führen, dass Studierende zum Studium nach Russland kommen und russische Studienabschlüsse im Ausland anerkannt werden. Ich sehe keine große Gefahr, dass die Bevölkerung des sechsmilliardsten Teils des Planeten davor zurückschreckt, ein Präsenz- oder Online-Studium in Russland zu absolvieren. Ja, wir müssen an den Universitäten dafür aktiv Werbung machen, aber die Universitäten haben auch Wettbewerbsvorteile. Es war damals wie heute schwierig, aber das System wird sich auf die neuen Bedingungen einstellen und die Aufgabe meistern.

Amtierender Rektor der TPU Dmitrij Sednew

Wie bisher werden unsere Diplome nur von den Ländern anerkannt, die an unseren Spezialist:innen (Absolvent:innen von Diplomstudiengängen mit Abschluss *spezialist*, Anm. d. Redaktion) interessiert sind. Aber das Bachelor- und Master-Modell sollte als eine der Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Studiengänge erhalten bleiben.

Wenn Länder kooperieren wollen, dann können alle technischen Nuancen der beiden Bildungsmodelle integriert werden. Dies wird durch bilaterale Abkommen geregelt. Die Zusammenarbeit mit der asiatischen Makroregion wird in den kommenden Jahren definitiv zunehmen.

Rektor der Boris-Jelzin-Universität UrFU Wiktor Kokscharow

Alle Neuerungen des Bologna-Systems auf allen Bildungsebenen, einschließlich bei den Diplomstudiengängen (mit Abschluss *spezialist*, Anm. der Redaktion), sollten beibehalten werden. Es sollte weiterhin ein Anhang für das internationale Diplom ausgestellt werden, der Informationen über das nationale Bildungssystem, die Messung des Umfangs der besuchten Module und Disziplinen in Studien-Credits usw. enthält.

Die Fortführung der Diplomstudiengänge (mit Abschluss *spezialist*, Anm. der Redaktion) seit dem Beitritt Russlands zum Bologna-Prozess hat Studierende aus dem Ausland nicht daran gehindert, an russischen Universitäten medizinische und andere gefragte Berufe zu erlernen und zu absolvieren. Und wenn wir die gute Qualität des russischen Bildungswesens beibehalten, werden wir auch den Bildungsexport in nicht-GUS-Ländern aufrechterhalten.

Michail Fedoruk, NGU-Rektor

Ein russisches Universitätsdiplom wurde bereits vor dem Übergang zum Bologna-System im Ausland anerkannt. Für russischsprachige Studierende gab es schon vor Einführung des Bologna-Systems die Möglichkeit, mit einer Spezialistenausbildung an einer ausländischen Universität zu studieren: Sie kamen mit einer überhöhten Stundenzahl, aber das war nie ein Grund, die Ausbildung nicht anzuerkennen.

Rektor der Finanzuniversität bei der Regierung der Russischen Föderation Stanislaw Prokofjew

Die gegenseitige Anerkennung von Diplomen war nicht direkt von den Anforderungen des Bologna-Systems abhängig. Die Anerkennung von in einem anderen Staat erworbenen Ausbildungen und/oder Qualifikationen in Russland erfolgt in Übereinstimmung mit internationalen Verträgen, die die Anerkennung und Gleichwertigkeit von Ausbildungen regeln. Auch die gegenseitige Anerkennung von Studiengängen und Abschlüssen hängt heute stark von der geopolitischen Lage und der Kooperationsbereitschaft der einzelnen Hochschulen ab.

Frage 5: Sollte die Einheitliche Staatliche Prüfung (Jedinyj Gosudarstwennyj Eksamen, abgekürzt JeGE, vergleichbar mit dem Zentralabitur, Anm. der Redaktion) abgeschafft werden?

Rektor der Higher School of Economics Nikita Anisimow

Es ist notwendig, die Wirksamkeit des JeGE und seine Vor- und Nachteile zu überprüfen.

Dmitry Sednew, amtierender Rektor der TPU

Beim JeGE geht es um Transparenz und gleiche Chancen für alle. Dank der JeGE haben alle Schüler:innen des Landes, unabhängig von ihrem Wohnort oder ihrem Vermögen, die Möglichkeit, die Prüfung auf einer gemeinsamen Grundlage abzulegen und sich um die Zulassung zu allen Universitäten des Landes zu bewerben.

Michail Fedoruk, Rektor der Staatlichen Universität Nowosibirsk

Trotz aller Unzulänglichkeiten ist das JeGE ein zuverlässiges und bewährtes Instrument zur objektiven Bewertung der Kenntnisse, das Bewerber:innen die Tür zu allen Universitäten des Landes öffnen kann. Aber es ist auch richtig, die Wahl der Zulassungsmethoden den Hochschulen selbst zu überlassen.

Wiktor Kokscharow, Rektor der Boris-Jelzin-Universität UrFU

Ich denke, das JeGE sollte beibehalten werden. Prüfungen in Kernfächern für kreative Disziplinen und Diplomhauptfächer sind bereits eingeführt worden. Wir sollten prüfen, in welchen Bereichen und Fachgebieten solche Prüfungen eingeführt werden könnten.

Frage 6: Wie lange wird die Umstrukturierung dauern?

Dmitry Sednew, amtierender Rektor der TPU

Jetzt haben wir definitiv Zeit für eine ausgewogene Entscheidung darüber, »wie die Universitäten lehren werden«. Die Zulassungen für die Universitäten für das Jahr 2022 sind seit langem genehmigt, und auch für 2023 sind sie abge-

stimmt. Das bedeutet, dass es in diesem und im nächsten Jahr keine radikalen Änderungen geben wird. In dieser Zeit können wir nach Lösungen suchen und Vereinbarungen treffen.

Wiktor Kokscharow, Rektor der Boris-Jelzin-Universität UrFU

Der Übergang sollte fließend sein. Wir brauchen Diskussionen auf allen Ebenen unserer Gesellschaft, und wir müssen die Eltern und die Schülerschaft einbeziehen. Das Mehrebenensystem wurde in Russland seit 1992 schrittweise eingeführt, und 2003 trat Russland dem Bologna-Prozess bei. Die Übergangszeit dauerte somit damals mehr als zehn Jahre.

Rektor der NGU Michail Fedoruk

Für die weitere Entwicklung des russischen Bildungswesens ist es notwendig, sowohl die besten Traditionen des russischen und des sowjetischen Bildungssystems fortzuführen als auch die positiven Erfahrungen der letzten zehn Jahre zu berücksichtigen und in die Schaffung und Ausgestaltung des neuen Systems zu integrieren. Dieser Prozess wird voraussichtlich mindestens fünf Jahre dauern.

Rektor der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation Stanislaw Prokofjew

Mindestens zwei Jahre sollten für die Umgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, der Struktur, der Verfahren und der Bildungsinhalte eingeplant werden. Die Umstrukturierung des Bildungssystems erfordert eine inhaltliche Überarbeitung der Bildungsstandards, der föderalen Gesetzgebung im Bildungsbereich. Auf der Ebene der Hochschuleinrichtungen ist eine Änderung der lokalen Rechtsnormen, der Lehrpläne und Programme der Studiengänge sowie der Kommunikation mit den Arbeitgebern notwendig. Bevor wir uns jedoch mit der Transformation des russischen Bildungssystems befassen, müssen wir erst einmal festlegen, in welche Richtung wir uns bewegen und warum.

Quelle: RBK: *Rektory weduschtschich wusow predlozhili alternatiwu Bolonskoj sisteme*, 11.06.2022, <https://www.rbc.ru/society/11/06/2022/62a071e89a79477a3ad5df6f>.

13.06.2022

Duma-Vorsitzender Wjatscheslaw Wolodin:

»Es liegt auf der Hand: Das westliche Bildungsmodell kann nicht blind kopiert werden. Das Richtige ist, auf den besten Praktiken von heute und aus der Sowjetzeit aufzubauen, um unser eigenes nationales, effektives Hochschulsystem zu schaffen.«

Quelle: Regnum: *Wolodin sajawil o sosdanii nazionalnoj sistemy wysschego obrasowanija*, 13.06.2022, <https://regnum.ru/news/polit/3617365.html>.

08.06.2022

Der Rektor der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics, Nikita Anisimow [...] bezeichnete die Begriffe »Bologna-System« und »Bologna-Prozess« als Jargon und erinnerte daran, dass es doch Russland war, das der »Zone der europäischen Hochschulbildung« beigetreten sei. Anisimow verglich diese Zone mit der »Bildungs-Eurovision« und fragte seine Zuhörer:innen: »Wollen wir in dieser Zone bleiben?«

Anisimow beantwortete seine Frage selbst: »Der Beitritt der Russischen Föderation zum gesamteuropäischen Hochschulraum erforderte eine Verpflichtung zur Änderung der russischen Bildungsgesetzgebung. Diese Änderung hat stattgefunden, und Sie und ich müssen zustimmen, dass unsere Diskussion, die wir gerade beginnen, eigentlich eine Diskussion darüber ist, ob wir die Gesetzgebung erneut ändern.«

Quelle: Sawizkaja, Natalja: *Rektory naswali Bolonskij prozess »schargonismom«*, *Nesawisimaja Gaseta*, 08.06.2022, https://www.ng.ru/education/2022-06-08/8_8456_education.html.

08.06.2022

Die Einheitliche Staatliche Prüfung (*Jedinyj Gosudarstwenyj Eksamen*, JeGE, vergleichbar mit dem Zentralabitur, Anm. der Redaktion) wird während des Übergangs zum nationalen Bildungssystem beibehalten, erklärte Anzor Musajew, Leiter von Rosobrnadsor, der russischen Bildungsaufsichtsbehörde, gegenüber RIA Nowosti. Der Beamte stellte fest, dass das JeGE ein bestimmtes Niveau der Schulqualität aufzeigt und ein Mechanismus zur objektiven Überprüfung der Erreichung dieses Niveaus ist. Die JeGE erfülle wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Die JeGE sichere insbesondere den einheitlichen Bildungsraum der Russischen Föderation im Rahmen einer großen Vielfalt von Bildungsprogrammen, Lehrbüchern und Lehrmitteln.

Quelle: RIA Nowosti: *JeGE sochranitsja pri perechode k nazionalnoj sisteme obrasowanija*, 08.06.2022, <https://ria.ru/20220608/ege-1794075086.html>.

06.06.2022

Alle russischen Universitäten sind vom Bologna-Bildungssystem ausgeschlossen worden, erklärte der stellvertretende russische Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung Dmitrij Afanasjew. Ihm zufolge war einer der Gründe für diese Entscheidung, dass russische Rektor:innen und Leitende von Bildungseinrichtungen Russlands »Militäroperation« in der Ukraine unterstützten. Dmitrij Afanasjew ist der Ansicht, dass »das Bologna-System uns verlassen hat, und nicht andersherum«.

»Am 11. April gab die Bologna-Gruppe ihre Entscheidung bekannt, die Vertretung Russlands und der Republik Belarus in allen Strukturen des Bologna-Prozesses zu beenden. In Anbetracht der Tatsache, dass unsere Rektor:innen, die Leitungen der Bildungseinrichtungen, eine Petition der Russischen Rektorenvereinigung zur Unterstützung des Präsidenten im Zusammenhang mit der Spezialoperation unterzeichnet haben, sind praktisch alle Bildungseinrichtungen des Landes vom Bologna-Prozess ausgeschlossen«, sagte Dmitrij Afanasjew auf einer erweiterten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Föderationsrates (zitiert von TASS).

Afanasjew zufolge ist Russland mit seinem Beitritt zum Bologna-Prozess im Jahr 2003 jedoch »keine internationalen Verpflichtungen eingegangen«, da der Beitritt zu dieser Erklärung nicht die Unterzeichnung von Abkommen beinhaltete. *Quelle: Kommersant: Minobrnauki: Wse rossijskie wusy iskljutscheny is Bolonskogo prozessa, 06.06.2022, <https://www.kommersant.ru/doc/5392347>.*

31.05.2022

Das russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat den Universitäten empfohlen, von einer Zusammenarbeit im Rahmen des Erasmus+-Studierendenaustauschprogramms der Europäischen Union abzusehen, so der Pressedienst des Ministeriums gegenüber TASS. [...] Das Ministerium wies darauf hin, dass die Verordnungen des Rates der EU vom 8. April 2022 ein Verbot der Bereitstellung finanzieller und nicht-finanzieller Unterstützung für russische staatliche oder staatlich kontrollierte Organisationen im Rahmen von EU-finanzierten Programmen vorsehen.

Quelle: TASS, Minobrnauki ne rekomenduet vusam RF westi sotrudnitschestwo w ramkach programmy Erasmus +, 31.05.2022, <https://tass.ru/obschestvo/14784105>.

25.05.2022

In der Plenarsitzung der Staatsduma wies Boris Tschernyschow, stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, auf die Äußerungen von Walerij Falkow, Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung, zum Ausstieg aus dem Bologna-Prozess hin. Der Abgeordnete betonte, dass im Falle eines entsprechenden Beschlusses die Änderungen der Gesetzgebung im Bereich der Bildung umgehend ausgearbeitet werden müssten, da der Beginn des neuen Schuljahres vor der Tür steht.

Wjatscheslaw Wolodin, Vorsitzender der Staatsduma, erklärte, dass die Abgeordneten dieses Thema bereits mit dem Minister erörtert hätten und systematische Anstrengungen in diese Richtung im Gange seien. »Soweit ich weiß, unterstützen alle Fraktionen den Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung, sie sind sich alle einig, dass wir aus dem Bologna-Prozess aussteigen müssen«, fügte er hinzu.

Die stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma, Irina Jarowaja, erinnerte daran, dass das Thema auf Anweisung des Präsidenten der Staatsduma bereits 2019 auf dem Rat der Parlamentarier angesprochen wurde. Damals sei das zuständige Ministerium angewiesen worden, das Thema zu bearbeiten und Meinungen aus den Regionen einzuholen.

Quelle: Gosudarstvennaja Duma: Wjatscheslaw Wolodin predlozhit w blizhajschee wremja obsudit s Minobrnauki wopros vychoda Rossii is Bolonskoj sistemy, 25.05.2022, <http://duma.gov.ru/news/54407>.

24.05.2022

Die Ablehnung des Bologna-Prozesses durch Russland sollte schrittweise erfolgen, so der Föderale Dienst für die Aufsicht über Bildung und Wissenschaft (Rosobrnadsor). Außerdem sollten die Studierenden nicht darunter leiden. Der Austritt aus dem Bologna-Prozess hat keine Auswirkungen auf das JeGE (Einheitliche Staatliche Prüfung vergleichbar mit dem Zentralabitur, Anm. der Redaktion). Die Behörde wies darauf hin, dass dadurch die Rechte der Studienbewerber:innen eingeschränkt würden.

Quelle: Kommersant, 25.05.2022, <https://t.me/kommersant/32532>.

24.05.2022

»Der Bologna-Prozess sollte als Vergangenheit betrachtet werden. Die Zukunft gehört unserem eigenen, einzigartigen Bildungssystem, das auf den Interessen der nationalen Wirtschaft und den maximalen Möglichkeiten für alle Studierenden basieren sollte«, so Walerij Falkow, Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung der Russischen Föderation.

Quelle: Minobrnauki, 24.05.2022, <https://t.me/minobrnaukiofficial/2696>.

24.05.2022

Anmerkung der Russland-Analysen: Ausschnitte aus einem Interview mit dem Sekretär des Sicherheitsrates von Russland Nikolaj Patruschew in Argumenty i Fakty

Patruschew: Als erstes sollte man sich mit der Lehrerausbildung befassen. Es ist höchste Zeit, sich an die Gedanken von Uschinskij und Makarenko zu erinnern, die Lehrkräfte als diejenigen Personen sehen, die die Persönlichkeit der Schüler formen. Deren Berufung sollte nicht darin bestehen, Dienstleistungen zu erbringen, sondern aufzuklären, zu erziehen und zu fördern. Professionelle Universitäten sollten künftige Lehrer zu erstklassigen Fachkräften ausbilden und diese nicht wie am Fließband produzieren.

Lehrkräfte nehmen im Leben jedes Bürgers eine besondere Stellung ein. Die willkürliche Interpretation der Welt- und Landesgeschichte durch einzelne Lehrer ist daher inakzeptabel, denn sie untergräbt die Autorität unseres Landes und beeinflusst die Köpfe der Kinder auf der Grundlage falscher Fakten und Mythen. Die psychologische Manipulation junger Menschen, die Kluft zwischen den Generationen, die Verzerrung der historischen Wahrheit – all dies ist mit dem Beruf des Pädagogen unvereinbar.

AiF: Ich erinnere mich an den Bismarck zugeschriebenen Satz, dass Lehrer Schlachten gewinnen.

Patruschew: Meiner Meinung nach ist das sicherlich richtig. Dies gilt umso mehr im Zusammenhang mit dem hybriden Krieg, der derzeit gegen Russland geführt wird. Die Lehrer stehen in diesem Krieg an vorderster Front. Wir brauchen eine persönliche Verantwortung für die Leiter von Bildungseinrichtungen, deren Absolventen nie Bücher über das Heldentum des sowjetischen Volkes während des Großen Vaterländischen Krieges in der Hand hatten oder nur eine vage Vorstellung von den Taten derer haben, die für das Vaterland gekämpft haben.

Fragen der patriotischen Erziehung junger Menschen sollten nicht in den Wahlunterricht verbannt werden. All dies wird in der Berichterstattung über den Lehrbetrieb in schönen Worten beschrieben, allein das Ergebnis bleibt aus. In einigen Schulen, insbesondere in Privatschulen, gilt das Wort »Patriotismus« gar als veraltet.

AiF: Was schlagen Sie vor, um diese Situation zu ändern?

Patruschew: Die Autorität von Pädagogen, die ihrem Beruf treu sind und ihr Leben der Erziehung echter Patrioten widmen, sollte gestärkt werden. Die wichtigste Aufgabe ist heute die Wiederbelebung historischer Traditionen sowie der Schutz der traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte. Um dieses Problem zu lösen, brauchen wir einen systematischen Ansatz für Erziehung und Bildung. Es besteht die dringende Notwendigkeit, ein staatliches Programm in diesem Bereich in allen Lebensphasen und bei der Entwicklung der Menschen zu Staatsbürgern durchzuführen. Es muss ein umfassendes Modell für diesen Prozess entwickelt werden.

Unsere Schüler und Lehrer werden derzeit aus dem westlichen Wissenschafts- und Lehrbetrieb verdrängt. Ich halte es für sinnvoll, den sogenannten Bologna-Prozess aufzugeben und zu den Erfahrungen aus dem besten nationalen Bildungsmodell der Welt zurückzukehren.

Außerdem müssen wir darüber nachdenken, den Umfang der staatlichen Aufträge für die Produktion von Literatur und Kunstwerken, Filmen und Fernsehprogrammen deutlich zu erhöhen, um die historische Erinnerung zu bewahren, den Stolz auf unser Land zu fördern und eine reife Zivilgesellschaft zu formen, die sich ihrer Verantwortung für ihre Entwicklung und ihren Wohlstand bewusst ist.

Nur dann werden wir in der Lage sein, den Bedrohungen und Herausforderungen, die vom kollektiven Westen ausgehen, erfolgreich zu begegnen, um das individuelle, gruppenspezifische und öffentliche Bewusstsein zu beeinflussen. Quelle: »Prawda na nashej storone«. Nikolaj Patruschew – o srokach specoperazii, 24.05.2022, https://aif.ru/politics/world/pravda_na_nashey_storone_nikolay_patrushev_o_srokah_specoperacii.

24.05.2022

Der Rektor der Moskauer Staatlichen Lomonosow-Universität, Wiktor Sadownitschij, ist nach wie vor ein Gegner des Bologna-Prozesses, wenn das Studium auf dem Bachelor- und Master-System basiert. Denn vor allem das fünfjährige Studium ermöglicht die Ausbildung von diplomierten Spezialist:innen (»spezialist«) mit Grundlagenwissen. Er äußerte diese Ansicht auf einer Konferenz über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen der Moskauer Staatlichen Universität und der Donezker Nationalen Universität.

»Als das Bologna-System eingeführt wurde, war ich entschieden dagegen, und ich bin ein Gegner des Bologna-Systems geblieben. [...] Das fünfjährige System bildete Spezialisten mit fundamentalen Kenntnissen aus, die Haus-

arbeiten sind hier noch ernste Angelegenheiten, man konnte sich noch am Lehrstuhl bewähren und so weiter. Das Bachelorstudium schafft einerseits zusätzliche Möglichkeiten einen schnellen Abschluss zu machen und von dort aus seinen eigenen Weg zu gehen: »Es kommt, wie man so schön sagt, allein auf dich an. Aber unsere Mentalität ist ein bisschen anders, deshalb bin ich nicht dafür«, sagte Sadownitschij.

»Ich war viele Jahre lang Mitglied der Rektorenkonferenz der europäischen Universitäten (The Club of the Rectors of Europe – Anm. TASS), einer mächtigen Organisation, in den 1970er Jahren, als die Diskussion über das Bologna-System begann, trafen wir uns viel in Europa mit Rektoren europäischer Universitäten. Und alle Rektoren der europäischen Universitäten waren dagegen. Sie waren der Meinung, dass die nationalen Systeme und die fundamentale Bildung nicht beeinträchtigt werden sollten. Politiker und Finanzexperten sagten: Wir haben viele Studierende aus Algerien, aus Afrika, wir können ohnehin nicht herausfinden, was die wissen, lasst uns einen Bachelor machen, ein vereinfachtes System«, sagte der Rektor der Moskauer Staatlichen Universität.

Quelle: TASS: Rektor MGU ostajotsja protiwnikom Bolonskoj sistemy obrasowanija, 24.05.2022, <https://n.tass.ru/obschestvo/14710151>.

17.05.2022

Der stellvertretende Sprecher der Staatsduma, Pjor Tolstoj, hält es für notwendig, das Bologna-System in der Russischen Föderation aufzugeben. »Viele Experten und Kollegen sprechen von der Notwendigkeit, aus dem Bologna-System auszusteigen und zum traditionellen russischen Bildungssystem zurückzukehren«, sagte Tolstoj am Dienstag in einer Rede vor dem Föderationsrat.

Seiner Meinung nach ist die »militärische Spezialoperation« ein Grund dafür, »den Entwicklungspfad für die Gesellschaft neu zu denken«. Insbesondere, so Tolstoj, geht es um den Schutz der Familie, der Kultur und der Bildung der Kinder.

So weigern sich seiner Meinung nach heute immer mehr Kinder, die 10. und 11. Klasse zu besuchen, eben wegen der JeGE. »Ihre Eltern jedoch, die eine Ausbildung nach dem alten System erhalten haben, sehen, dass das Wissen ihrer Kinder sehr oberflächlich ist und Werte praktisch nicht vorhanden sind«. »Die Freiheit im Bereich der Bildung hat zu 11 Geschichtsbüchern geführt und den Schulleitern die Möglichkeit gegeben, z. B. die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges abzusagen. Die militärische Spezialoperation hat gezeigt, dass wir trotz der Siege an der Front eine ideologische Niederlage riskieren, indem wir eine ganze Generation unserer Bürger verlieren, die jetzt Studierende und Schüler sind«, sagte Tolstoj.

Quelle: TASS: Tolstoj stschitaet, schto Rossii neobchodimo otkasatsja ot Bolonskoj sistemy, 17.05.2022, <https://n.tass.ru/obschestvo/14649511>.

17.05.2022

Die Teilnahme russischer Universitäten am Bologna-Prozess, bei dem das Studium auf dem Bachelor-Master-System basiert, sollte rechtlich überprüft werden, so Olga Wasiljewa, Präsidentin der Russischen Akademie für Bildung (RAO).

Wasiljewa nannte die aktuellen Vorschläge zum Rückzug aus dem Bologna-System und zur Rückkehr zum fünfjährigen System, das diplomierte Spezialisten (*»spetsialisty«*) ausbildet. Sie stellte fest, dass die Hochschulbildung in den europäischen Ländern durch den Bologna-Prozess elitärer geworden ist, obwohl sie früher für die meisten Studierenden zugänglich war.

»Dutzende von Jahren sind vergangen, aber es gibt auch heute noch viele Probleme. Ich bin davon überzeugt, dass es notwendig ist, eine rechtliche Bewertung der Teilnahme russischer Institutionen am Bologna-Prozess vorzunehmen und Mechanismen zur Erhöhung des Anteils von diplomierten Spezialisten in der Struktur der russischen Hochschulprogramme durchzusetzen«, sagte Wasiljewa auf der Konferenz »Bildungsrecht und Probleme bei dessen Umsetzung: Trends und Perspektiven«. So wird sie vom Pressedienst der RAO im sozialen Netzwerk VKontakte zitiert.

Gleichzeitig räumte Wasiljewa ein, dass in einigen Bereichen im Studium das Bachelor-Master-System durchaus möglich ist und dass es sich lohnt, auch an diejenigen zu denken, die bereits einen solchen Abschluss erworben haben.

»Man kann sagen, dass in einigen Bereichen der universitären Ausbildung das Bachelor-Master-System durchaus möglich ist. Aber kann man das auch von Ingenieuren, Anwälten, Ärzten usw. behaupten? Außerdem haben wir unsere »soft power«, den Bildungsexport, immer wirksam eingesetzt. Viele ausländische Studierende, die in unserem Land studieren, sind wahrscheinlich mit der Art der Abschlüsse zufrieden, die in den Ländern, in denen sie arbeiten wollen, akzeptiert werden. Deshalb könnte es ratsam sein, die Aufteilung in Bachelor- und Masterabschlüsse an Hochschulen wie der Russischen Universität für Völkerfreundschaft beizubehalten«, so Wasiljewa.

Quelle: TASS: Glawa RAO sawajila, schto nushno dat prawowuju ozenku utschastiju wusow w Bolonskom prozesse, 17.05.2022, <https://n.tass.ru/obschestvo/14650993>.

23.03.2022

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat gegenüber RIA Novosti erklärt, dass ein Ausstieg Russlands aus dem Bologna-Bildungsprozess derzeit nicht zur Diskussion steht.

Quelle: RIA Nowosti, 23.03.2022, https://t.me/rian_ru/155204.

23.03.2022

Das russische Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung hat nicht vor, die Teilnahme am Bologna-Prozess zu beenden, möchte aber die Bachelor- und Masterstudiengänge an den Universitäten schrittweise kürzen.

»Derzeit steht im Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung der Ausstieg aus dem Bologna-Prozess nicht zur Debatte«, teilte das Ministerium am Mittwoch gegenüber Interfax mit.

Allerdings stellt das Ministerium fest, dass in der Russischen Föderation in letzter Zeit eine Tendenz zur Zunahme von Studiengängen mit dem Diplomabschluss zum Spezialisten (*»spezialist«*) zu beobachten ist, die ein fünf- bis sechsjähriges Studium an einer Universität einschließen, während das Bologna-System ein zweistufiges Studiensystem vorsieht: Bachelor- und Masterabschlüsse.

»Das russische Bildungssystem sieht neben den Bachelor- und Masterstudiengängen auch eine Spezialistenausbildung mit einer Regelstudienzeit von 5–6 Jahren vor. Die derzeitige Liste der Fachrichtungen und Ausbildungsbereiche in der Hochschulbildung enthält etwa 40 Prozent, die eine Spezialisten-Ausbildung in wichtigen Sektoren wie Bildung, Medizin, Verteidigung und der Ausbildung von Ingenieuren ermöglicht«, so das Ministerium.

Sie betonten, dass ab 2024 eine neue Liste von Fachgebieten und Studienrichtungen in der Hochschulbildung in Kraft treten wird, die den Trend zur Priorisierung der Studiengänge mit Spezialistenabschluss und zur Einführung von Bildungsprogrammen mit einem langen Zyklus (5–6 Jahre) mit einer Verringerung der Bachelor- und Masterprogramme bzw. einer Erhöhung der Anzahl der Spezialistenausbildungen fortsetzt.

Quelle: Interfax: *W Rossii rasschirjat podgotowku po programmam specialiteta*, 23.03.2022, <https://www.interfax.ru/russia/830856>.

16.03.2022

Der Vorsitzende der Juristenvereinigung Russland (Assozijazija juristow Rossii, AJuR), der Vorsitzende der Kommission der Juristenvereinigung Russland für juristische Ausbildung und habilitierte Jurist (Doktor juriditscheskich nauk), Professor Sergej Stepaschin, erklärte, dass der Beitritt Russlands zum Bologna-Prozess nicht nur die Erwartungen nicht erfüllt habe, sondern auch zum Verlust der wichtigsten Vorzüge des klassischen russischen und sowjetischen Bildungssystems geführt habe.

»Die automatische Anerkennung von Hochschulabschlüssen russischer Absolventen an westlichen Universitäten hat nie stattgefunden. Darüber hinaus hat der Kampf Russlands für den Schutz der Rechte der Bevölkerung der DNR (*»Donezker Volksrepublik«*) und LNR (*»Luhansker Volksrepublik«*) zu einer Diskriminierung russischer Studierender aufgrund ihrer Nationalität und zu zahlreichen Fällen der Ausweisung russischer Studierender von Schulen und Universitäten im Ausland geführt, darunter auch von teilnehmenden Institutionen des Bologna-Prozesses, was in der Geschichte der weltweiten Hochschulbildung beispiellos ist«, so Stepaschin.

Er betonte, dass es notwendig sei, die Rückkehr zum System der russischen Hochschulbildung in den klassischen Varianten – der Abschluss als diplomierter *Spezialist* und die *Aspirantur* – so schnell wie möglich auf die Tagesordnung genommen werden sollte.

»Russland und die UdSSR haben über lange Jahre hinweg eine große Zahl erstklassiger Fachleute hervorgebracht, was durch das hohe Niveau russischer und sowjetischer Wissenschaft und Industrie bestätigt wird. Deshalb ist es notwendig, alle Vorteile des Bologna-Prozesses und des klassischen Studiums zu bewahren und zu verbessern, um sie den modernen Gegebenheiten anzupassen«, sagte Sergej Stepaschin.

Seit dem Beitritt Russlands zum Bologna-Prozess sei genug Zeit vergangen, um eine Bilanz der Reform des russischen Hochschulwesens zu ziehen.

»Und sie (die Vorzüge des Bologna-Systems, Anm. der Redaktion) haben meiner Meinung nach die Erwartungen nicht erfüllt. Ich denke, es ist an der Zeit, dass sich Russland aus dem Bologna-Prozess verabschiedet«, resümierte der Vorsitzende der Juristenvereinigung Russlands.

Quelle: Assozijazija Juristow Rossii: Sergej Stepaschin: *Prishlo Wremja Rossii peresmotret neobchodimost utschastija w Bolonskom obrazowatelnom processe*, 16.03.2022, <https://alrf.ru/news/sergey-stepashin-prishlo-vremya-rossii-peresmotret-neobkhodimost-uchastiya-v-bolonskom-obrazovatelno/>.

Erklärung der Russländischen Rektorenkonferenz

Einleitung der Zeitschrift OSTEUROPA:

Die Russländische Rektorenkonferenz stellt sich in einer öffentlichen Erklärung zum Krieg gegen die Ukraine auf die Seite der Staatsführung. Das Dokument, das an die Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reichs aus dem Jahr 1914 erinnert, rechtfertigt den Angriffskrieg und schwört die Hochschulen auf eine patriotische Erziehung der Jugend ein. Mehr als 700 Rektorinnen und Rektoren haben die Erklärung unterzeichnet. Der Druck auf unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Russland wird so weiter massiv erhöht. Die DGO und die Zeitschrift Osteuropa setzen sich weiterhin für die individuelle Unterstützung aufrichtiger und mutiger Menschen ein, deren Denken und Schreiben der Wahrheit verpflichtet ist.

4.3.2022

Sehr verehrte Kollegen!

Vor unseren Augen spielen sich Ereignisse ab, die jeden Bürger Russlands betreffen. Russland hat die Entscheidung getroffen, die achtjährige Konfrontation zwischen der Ukraine und dem Donbass endlich zu beenden, eine Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine durchzusetzen und sich so vor einer wachsenden militärischen Bedrohung zu schützen.

Wir, die Hochschulrektoren der Russländischen Föderation, haben über viele Jahrzehnte die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine im Bereich von Wissenschaft und Bildung unter gegenseitiger Wertschätzung aufgebaut und gestärkt. Unsere gemeinsame Forschung hat einen enormen Beitrag zur globalen Wissenschaft geleistet, weshalb die seit vielen Jahren anhaltende Tragödie im Donbas unsere Herzen mit besonderem Schmerz und Bitterkeit erfüllt.

In diesen Tagen ist es sehr wichtig, unser Land zu unterstützen, unsere Armee, die unsere Sicherheit verteidigt, unseren Präsidenten zu unterstützen, der die vielleicht schwierigste Entscheidung seines Lebens getroffen hat, eine unter Schmerzen errungene, aber notwendige Entscheidung.

Es ist wichtig, dass wir unsere grundlegende Pflicht nicht vergessen: die Kontinuität der Lehre aufrechtzuerhalten und die Jugend zu Patriotismus zu erziehen, zum Bestreben, ihrer Heimat zu helfen.

Die Universitäten waren stets eine Stütze des Staates. Unser vorrangiges Ziel ist es, Russland zu dienen und sein intellektuelles Potenzial zu entwickeln. Heute, da wir zahlreichen wirtschaftlichen und medialen Angriffen ausgesetzt sind, müssen wir mehr denn je Selbstgewissheit und Festigkeit zeigen, uns in Wort und Tat um unseren Präsidenten scharen, unserer Jugend ein Beispiel für Optimismus und Glauben an die Kraft der Vernunft geben und die Hoffnung auf baldigen Frieden wecken.

Gemeinsam sind wir stark!

Es folgen die Unterschriften der Rektoren von über 700 Hochschulen in Russland.

Originalquelle: <http://www.rsr-online.ru/news/2022-god/obrashchenie-rossiyskogo-soyuza-rektorov1/> Im Juni 2022 ist die Erklärung allerdings von der Webseite gelöscht worden, das Original ist im Internet Archive weiterhin zugänglich: <https://tsr-online.ru/news/2022-god/obrashchenie-rossiyskogo-soyuza-rektorov1/> Übersetzung der Erklärung durch die Redaktion der Zeitschrift OSTEUROPA: <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/russische-rektorenkonferenz/>.

Russlands Wissenschaftler*innen protestieren – Offene Briefe gegen den Krieg

Robert Kindler (Freie Universität Berlin)

Die Bevölkerung Russlands steht nicht geschlossen hinter dem Krieg gegen die Ukraine. Trotz aller Bemühungen der staatlichen Propaganda, den Krieg in der russischen Öffentlichkeit als »Spezialoperation« zu inszenieren, regt sich vielerorts Widerstand. Die Proteste begannen unmittelbar nach dem russischen Angriff. Nicht nur in den Hauptstädten Moskau und St. Petersburg, sondern in vielen Städten gingen tausende Menschen auf die Straßen und Plätze um gegen den Krieg zu demonstrieren. Eine vom Bürgerrechtler Lew Ponomarew am 24. Februar initiierte Petition auf der

Plattform change.org haben bis zum 2. März mehr als 1,1 Millionen Menschen unterschrieben. In sozialen Medien wird der Hashtag #НетВойне (dt. Nein zum Krieg) millionenfach genutzt, geteilt und gelikt – auch von prominenten Künstler*innen und Intellektuellen.

Jede einzelne Unmutsäußerung erfordert großen persönlichen Mut und Zivilcourage im Angesicht des staatlichen Repressionsapparats. Innerhalb einer Woche sind mehrere tausend Menschen (kurzzeitig) inhaftiert worden, die sich an Protestaktionen beteiligt hatten. Es kann als sicher gelten, dass es in naher Zukunft zu zahlreichen Verfahren mit vermutlich drakonischen Haft- und Lagerstrafen kommen wird. Noch viel mehr Menschen werden ihre Arbeitsstellen verlieren und Karrierechancen einbüßen.

Und dennoch äußern sich viele russische Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Künstler*innen und Journalist*innen deutlich gegen den Krieg. Gegenwärtig kursieren mehrere »Offene Briefe«, die binnen kürzester Zeit von hunderten oder gar tausenden Personen unterzeichnet wurden. Sie alle eint das Entsetzen über den Krieg, den Russland entfesselt hat. Dass ihre Stimmen in Deutschland gehört werden, ist wichtig in einer Situation, in der deutsche und europäische Wissenschaftsinstitutionen ihre teils seit Jahrzehnten bestehenden Kooperationen mit russischen Universitäten und Forschungseinrichtungen auf unbestimmte Zeit unterbrochen oder gänzlich beendet haben.

Deshalb werden hier drei dieser Dokumente in Auszügen übersetzt und so für ein deutschsprachiges Publikum dokumentiert.

Am 24. Februar wurde ein »**Offener Brief russischer Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten gegen den Krieg mit der Ukraine**« veröffentlicht (<https://t-invariant.org/2022/02/we-are-against-war/>). Diesem Aufruf haben sich bis zum 2. März 2022 mehr als 6100 Unterzeichner*innen angeschlossen. In dem Text heißt es:

»Wir, russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten, erklären unseren entschiedenen Protest gegen die kriegerischen Handlungen, die von den Streitkräften unseres Landes auf dem Territorium der Ukraine begonnen wurden. Dieser fatale Schritt führt zu großen menschlichen Opfern und erschüttert die Grundlagen, die dem System der internationalen Sicherheit zugrunde liegen. Die Verantwortung für die Entfesselung eines neuen Krieges in Europa liegt vollständig auf Russland.

Für diesen Krieg gibt es keine vernünftigen Begründungen. [...] Es ist vollkommen klar, dass die Ukraine keine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes darstellt. Der Krieg gegen sie ist ungerechtfertigt und offensichtlich sinnlos.

Die Ukraine war und ist ein Land, das uns sehr nahe ist. Viele von uns haben in der Ukraine Verwandte, Freunde und Kollegen. Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben gemeinsam gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die Entfesselung eines Krieges aufgrund der geopolitischen Ambitionen der Führung der RF [Russischen Föderation RK], die von fragwürdigen historischen Phantasien geleitet wird, ist ein zynischer Verrat an ihrem Andenken.

Wir respektieren die ukrainische Staatlichkeit, die sich auf funktionierende demokratische Institutionen stützt. Wir haben Verständnis für die Entscheidung unserer Nachbarn für Europa. Wir sind davon überzeugt, dass alle Probleme in den Beziehungen unserer Staaten friedlich gelöst werden können. [...]

Indem Russland den Krieg entfesselt hat, hat es sich selbst zur internationalen Isolation verurteilt und sich in die Position eines Paria-Landes begeben. Für uns Wissenschaftler bedeutet das, dass wir unsere Arbeit nicht mehr in der gewohnten Weise fortsetzen können, denn wissenschaftliche Forschung ist ohne die umfassende Kooperation mit Kollegen aus anderen Ländern nicht denkbar. Die Isolierung Russlands bedeutet die weitere kulturelle und technologische Degradierung unseres Landes ohne jede positive Perspektive. Der Krieg mit der Ukraine ist ein Schritt ins Nichts.

[...] Wir fordern, dass die Souveränität und die territoriale Integrität des ukrainischen Staates respektiert werden. Wir fordern Frieden für unsere Länder.«

Einen »Offenen Brief russischer Historiker gegen den Krieg mit der Ukraine« (<https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfGnGJbaEzHgcovcOZ-AvwXcXESefK49X9GH1EyNyLg02y7Hg/viewform>) haben bis zum 2. März 2022 mehr als 550 Personen unterschrieben; jeweils auch mit ihrer institutionellen Affiliation. In dem Schreiben heißt es:

»Wir, russische Historiker – Wissenschaftler, Dozenten, Studenten, Doktoranden und Absolventen historischer Fakultäten – erklären unseren entschiedenen Protest gegen die kriegerischen Aktivitäten, die russische Streitkräfte auf dem Gebiet des souveränen Staates Ukraine.

In der Vergangenheit sind viele vernichtende Kriege und aggressive Handlungen mit dem Hinweis auf die historische Unzulänglichkeit anderer Staaten und Völker begründet worden. Im 21. Jahrhundert ist eine solche Manipulation der Geschichte unannehmbar. Streitfragen müssen in Diskussionen, bei diplomatischen Verhandlungen und wissenschaftlichen Konferenzen gelöst werden, aber nicht auf dem Schlachtfeld.

Alle Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zeigen, dass Kriege mit Katastrophen für alle Beteiligten enden. Der Einsatz von Waffen führt zu Opfern in der Zivilbevölkerung, zur Zerstörung von Gebäuden und Kommunikationseinrichtungen und am Ende zu einer humanitären Katastrophe. [...]

Die Ukraine war und ist für Russland ein wirkliches Bruderland, mit dem uns verwandtschaftliche, freundschaftliche und berufliche Beziehungen verbinden, unsere gemeinsame historische Erfahrung. Wir sprechen über das Heldentum unserer Völker während des Großen Vaterländischen Krieges. [...]

In der Zukunft werden wir auf die Fragen unserer Kinder und Enkel nach den Gründen der Katastrophe antworten müssen, die sich vor unseren Augen abspielt. Uns allen, der russischen Gesellschaft, steht die große Aufgabe bevor, unserer Verantwortung für diese Ereignisse gerecht zu werden.

Wir fordern die sofortige Beendigung des Krieges.«

Direkt an Vladimir Putin wenden sich die »Absolventen, Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter des MGIMO« (<https://docs.google.com/document/d/1uAiGSF97ysGKbzC3-6qDGNb0xb6xjvHcKChsQtx9Af4/edit>).

Beim MGIMO handelt es sich um die Kadenschmiede des russischen Außenministeriums; praktisch alle russischen Diplomaten werden dort ausgebildet. Auch ihrem Selbstverständnis nach gehören Absolventen des MGIMO zur Elite des russischen Staatsapparates. Dies macht diesen Text so bemerkenswert. Am 2. März haben bereits mehr als 1200 Personen unterschrieben.

»Wir, Absolventen, Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen MGIMO des Außenministeriums der Russischen Föderation, die diesen Aufruf unterzeichnet haben, lehnen die Militäraktionen der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine kategorisch ab.

Wir halten es für moralisch inakzeptabel, zur Seite zu treten und zu schweigen, während Menschen in einem Nachbarstaat sterben. Sie sterben durch die Schuld derer, die Waffen der friedlichen Diplomatie vorgezogen haben.

In seiner Geschichte hat Russland sich immer wieder für die Verteidigung der Schwachen eingesetzt und sie unterstützt, auch wenn dies einen hohen Preis erforderte. Die Führer unseres Staates haben trotz aller ideologischen Differenzen selbst die schwierigsten Krisensituationen friedlich gelöst. Wir fordern, dass diese außenpolitische Tradition auch heute fortgeführt wird: Truppen vom Territorium der Ukraine müssen abziehen, die Bombardierung ukrainischer Städte muss enden und ein ehrlicher Verhandlungsprozess muss beginnen – ohne Ultimaten und Kapitulationsforderungen an die andere Seite. [...]

Wir sind für das Leben und Arbeiten in einer offenen Welt ausgebildet. Wir bereiten uns darauf vor, Repräsentanten eines Landes zu sein, für das die ganze Welt offen steht – und Russland ist offen für die ganze Welt. Uns wurden Diplomatie, internationales Recht, journalistische Standards beigebracht, uns wurde der Wert internationaler Zusammenarbeit erklärt, von Kooperationen, kulturellem Austausch. Besonderer Wert wurde immer auf die Bedeutung internationaler Anstrengungen zur Schaffung einer internationalen Übereinkunft zur Reduzierung von Atomwaffen gelegt.

Die Handlungen der russischen Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine haben Bedingungen geschaffen, angesichts derer die Umsetzung der Werte, die uns im Laufe unseres Studiums beigebracht wurden, unmöglich erscheint.

Wir, die Absolventen, Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter des MGIMO, streben danach, die traditionellen außenpolitischen Werte Russlands zu bewahren: Sicherheit, friedliche Zusammenarbeit und Dialog. Aber wenn diese Werte in der gegenwärtigen Situation von der offiziellen Position des Außenministeriums und des Staates insgesamt abweichen, haben wir keine Scheu uns offen zu ihnen zu bekennen.«

Diese Dokumentation wurde erstmals am 3. März 2022 veröffentlicht. Einen Tag später, am 4. März, verabschiedete die Staatsduma ein Gesetz, das für die Verbreitung von »falschen Nachrichten« über das Militär und die sogenannte »Spezialoperation« in der Ukraine Geldbußen oder Haftstrafen von bis zu 15 Jahren vorsieht. Das Gesetz wurde sofort rigoros angewendet. Abgesehen von wenigen Einzelfällen und individuellen Manifestationen des Protests endete damit das massenhafte öffentliche Auftreten gegen den Krieg. Angesichts der Repressionsdrohung des Staates zogen sich die meisten Unzufriedenen ins Private zurück, viele verließen in den letzten Monaten das Land. Der Widerstand gegen den Krieg ist damit nicht erloschen, aber sein Umfang nahm ab. Seitdem dominierten öffentlich weniger sichtbare Protestformen. Und auch das gehört zur Realität dieses Krieges: Die meisten russischen Wissenschaftler*innen, Studierenden oder Journalist*innen versuchen sich mit den Verhältnissen zu arrangieren oder unterstützen die Politik ihrer Regierung.

Erstveröffentlicht: 03.03.2022. Aktualisiert: 29.06.2022

*Quelle: Kindler, Robert: Russlands Wissenschaftler*innen protestieren – Offene Briefe gegen den Krieg. In: Zeitgeschichte Online, 03.03.2022, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/russlands-wissenschaftlerinnen-protestieren>.*

Wissenschaftskooperation mit Kolleg*innen aus Russland und Belarus

Wir, Institutionen der deutschen Osteuropaforschung, verurteilen in aller Schärfe den Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt und die Hilfestellung, die Belarus dabei leistet. Unsere Empathie gilt den Menschen, die unter dem schrecklichen Krieg zu leiden haben. Wir setzen uns mit unserer Expertise in den Medien, in politischen Institutionen, der Zivilgesellschaft sowie in der Wissenschaft und Forschungspolitik ein, um zu einem besseren Verständnis der Gesellschaften in der Region beizutragen. In der Wissenschaft und Forschungspolitik beteiligen wir uns aktiv an Programmen zur Unterstützung ukrainischer Wissenschaftler:innen sowie Wissenschaftler:innen, die in Russland oder Belarus politisch unter Druck stehen.

Als Teil der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg wurden Maßnahmen des wissenschaftlichen Austauschs mit Russland und Belarus abgebrochen. Wir betrachten mit Sorge, dass manche dieser Entscheidungen auch Individuen mit russischer oder belarusischer Staatsbürgerschaft treffen. Wissenschaftler:innen und Studierende waren jedoch unter den ersten, die sich trotz drohender Repressionen in offenen Briefen gegen den Angriffskrieg gewandt haben (<https://msualumniagainstar.war.notion.site/0378ab0a0719486181781e8e2b360180>). Andere, darunter auch die Leitungen vieler staatlicher Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, haben dagegen ihre Unterstützung für den Krieg bekundet (<https://www.rsr-online.ru/news/2022-god/obrashchenie-rossiyskogo-soyuza-rektorov1/>).

In dieser repressiven Situation sind bereits zahlreiche Wissenschaftler:innen in Nachbarstaaten ausgereist. Andere würden gerne, können es aber aus persönlichen Gründen nicht. Das Feld der Wissenschaft kann nicht zuletzt genutzt werden, um sich der menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Politik der gegenwärtigen Regimes in Belarus und Russland entgegenzustellen. Um Wissenschaftler:innen aus Belarus und Russland, die eine solche Agenda vertreten, nicht zusätzlich durch die Aufkündigung von Kooperation und Förderung pauschal zu bestrafen, werden wir auch in Zukunft gezielt mit ausgewählten Kolleg:innen aus Russland und Belarus kooperieren. Wir werden auf Grundlage von Einzelfallentscheidungen weiterhin den wissenschaftlichen Austausch suchen und für Fachtagungen auch Kolleg:innen aus Russland und Belarus einladen.

Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, die besondere Rolle der Wissenschaft für Kontakte jenseits der politischen Machtlogiken in autoritären Regimen aufrecht zu erhalten. Wir unterstützen daher eine möglichst differenzierte Herangehensweise in der Vergabe von Fördermitteln und der Gestaltung zukünftiger Beziehungen mit russischen und belarusischen Wissenschaftler:innen.

Dieser Aufruf wurde erstellt von

- European Centre for Minority Issues (ECMI), Flensburg
- Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen
- Institut für Länderkunde (IFL), Leipzig
- Leibniz ScienceCampus »Eastern Europe – Global Area« (EEGA)
- Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz
- Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam
- Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin
- Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin

Stand: 24.03.2022

Quelle: ZOiS (2022): *Wissenschaftskooperation mit Kolleg*innen aus Russland und Belarus*. <https://www.zois-berlin.de/ueber-uns/aktuelles/aufruf-zu-wissenschaftskooperation-mit-kolleginnen>.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Florian Kübler
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>